

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

C D F

Unternehmer provozieren

Metallindustrielle Ostoberschlesiens folgen den Zechenmagnaten

Vor einer General-Aussperrung?

Betriebsräte rufen zur Abwehr

In Ostoberschlesien spitzen sich die bestehenden sozialen Spannungen rasch zu.

Nachdem, wie gemeldet, am Sonnabend sämtliche Grubenarbeiter die Kündigung zum 31. Januar und gleichzeitig die Mitteilung erhalten haben, daß sie nur dann wieder eingestellt würden, wenn sie sich mit einer Lohnkürzung um 21 vH einverstanden erklärten, ist nunmehr

auch in der Eisen- und Metallindustrie ein entsprechendes Vorgehen der Arbeitgeber erfolgt. In sämtlichen Hüttenbetrieben wird eine Bekanntmachung veröffentlicht, wonach die Gesamtbelegschaft sich ab 1. 2. dieses Jahres als entlassen zu betrachten hat, wenn sie nicht bis zum 25. 1. ihr Einverständnis mit einer

25prozentigen Lohnkürzung

erklärt.

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen und polnischen Gewerkschaften trat sofort zu einer Sitzung zusammen. Es wurde eine Kundgebung an die Betriebsräte erlassen, in welcher die Maßnahmen der Arbeitgeber als rechtswidrig und mit den bestehenden Demobilisierungsvorschriften im Widerspruch stehend bezeichnet werden, da die Lohnverhandlungen noch nicht beendet seien. Die Gewerkschaften würden im gegebenen Moment die Arbeiterschaft zum gemeinsamen Abwehrkampf aufrufen.

Ein am Sonntag stattgefundener Betriebsrätekongreß gestaltete sich zu einer stürmischen Kundgebung gegen das Vorgehen der Arbeitgeber. Nur mit großer Mühe gelang es den Gewerkschaftsführern, die Betriebsvertreter der Arbeiterschaft vor unbesonnenen Taten zurückzuhalten, solange nicht die Regie-

rung eine eindeutige Stellung zu der Angelegenheit eingenommen habe.

Da nicht anzunehmen ist, daß die polnische Regierung ihren Einfluß in einem die Arbeiterschaft befriedigenden Sinne geltend machen wird, steht ein Großkampf von außerordentlichen Ausmaßen in Sicht, was sich schon daraus ergibt, daß allein die Zahl der Bergarbeiter in Ostoberschlesien und im gleichfalls von dem Lohnstreit betroffenen Dombrowaer Revier auch nach den zahlreichen Betriebseinstellungen noch über 90 000 beträgt. Dazu kommen weitere Zehntausende von Arbeitern aus der Eisen- und Metallindustrie.

Befremdend berührt eine Meldung der polnischen Telegraphen-Agentur, wonach der Kattowitzer Kongreß mit Ovationen für Pilsudski beschlossen worden sein soll. Die Arbeiter müssen wissen, daß sie in dem ihnen von den Unternehmern aufgezwungenen Kampf allein stehen und von Pilsudski so wenig Hilfe zu erwarten haben wie die deutsche Arbeiterschaft, etwa von Brüning.

★

15 Prozent Gehaltsabbau

Leipzig, 18. Januar.

Für die Angestellten im engeren mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist folgende bindende Festsetzung ergangen:

1. Vom 1. Januar 1932 ab werden die Sätze unter 1—3 der Gehaltstafel vom 8. Dezember 1930 (30. Nachtrag) mit Ausnahme des Hausstands- und Kindergeldes um 15 Prozent gesenkt.

2. Mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab wird das Sonderabkommen vom 17. Juni 1931

zum Angestelltentarif vom 19. Februar 1921 bzw. zum 30. Nachtrag der Gehaltstafel vom 8. Dezember 1930 aufgehoben und das Mehrarbeitsabkommen wieder in Kraft gesetzt.

3. Diese Gehaltsregelung kann mit einmonatiger Kündigungsfrist erstmalig zum 30. April 1932 gekündigt werden.

Abzeichenverbot wird aufgehoben

Im Reichsgesetzblatt wird am 19. Januar eine Verordnung des Reichspräsidenten veröffentlicht, durch die die Bestimmungen der vierten Notverordnung gemildert werden. Die Verordnung tritt mit der Veröffentlichung, also von morgen ab, in Kraft.

Nach der neuen Verordnung gilt das am 8. Dezember ausgesprochene Verbot des Tragens von Abzeichen „nicht mehr für Nadeln, Rosetten und ähnliche kleinere Abzeichen in der Form und Größe, wie sie bisher bei politischen Vereinigungen üblicherweise getragen wurden.“

Gärung in Portugal

50 Personen verhaftet

Paris, 18. Januar

Nach einer Meldung aus Lissabon sind in den beiden letzten Tagen gegen 50 Personen, die verdächtig sind, an einem Komplott gegen die Regierung teilgenommen zu haben, festgenommen worden. Gegenwärtig herrsche in Lissabon völlige Ruhe; doch ständen die Truppen alarmbereit.

Japanischer Vormarsch auf Charbin

Mukden, 18. Januar

Außer Juschu wurden auch andere Städte östlich von Charbin von japanischen Flugzeugen mit Bomben beworfen. 6000 japanische Truppen in Kirin haben den Befehl erhalten, sich für einen Vormarsch nach Charbin bereitzuhalten. In der Stadt Pienschien ist eine chinesische Gegenregierung gegen die unter japanischer Aufsicht stehende Regierung in Kirin aufgestellt worden.

★

Rote Truppen vor Hankau

TU. Schanghai, 18. Januar

Truppen der Roten Armee im Süden Chinas stehen unmittelbar vor Hwangpei, etwa 50 km nördlich von Hankau. Die Ausländer haben bereits verschiedene Nachbarstädte Hankaus geräumt. Truppen, die zur Bekämpfung der Roten Armee ausgesandt worden waren, sind größtenteils gefangen genommen worden.

(Siehe auch die Meldungen auf der zweiten Hauptblattseite)

Alles verhaftet!

Puna, 18. Januar

Die Führerin des Jugendbundes ist wegen einer aufrührerischen Rede zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Siebzehn Mitglieder des Kongresses und die Führerin des Kongresses der Provinz Maharashtra sind verhaftet worden.

Rußland in Finanzschwierigkeit

TU. London, 18. Januar.

Wie aus Tokio gemeldet wird, ist der russische Botschafter an den Ministerpräsidenten Inukai erneut mit dem Vorschlag auf Gewährung eines langfristigen japanischen Kredits an Rußland herantreten, wogegen Rußland Schiffe, Schiffsmaschinen, elektrische Maschinen und Chemikalien im Werte von 50 Millionen Yen von Japan kaufen würde.

† Berlin, 18. Januar.

Ob die Meldung den Tatsachen entspricht, ist natürlich fraglich. Nicht als ob ein Kreditgesuch Rußlands unwahrscheinlich wäre, fragwürdig ist dagegen, daß als Kreditgeber Japan gesucht wird. Denn gerade dieses Land befindet sich selbst in schweren Finanzkalamitäten, die durch die Kosten des Expansionsfeldzuges in China nicht gerade verbessert werden. Die japanische Münze, der Yen, ist in den letzten Wochen des vergangenen Jahres in ihrem Kurswert bedeutend gefallen. Noch Anfang Dezember mit über 49,5 Dollar notiert (Parität 49,85), schwankt ihr Kurs jetzt um 35 Dollar für 100 Yen. So sehr Japan Exportarbeit für sein hungerndes Industrieproletariat und seine aufgeblähte Industrie braucht, so wenig dürfte es in der Lage sein, Kreditwünsche Rußlands zu befriedigen.

Bezeichnend für die Gesamtsituation ist jedoch, daß, selbst wenn es nur ein Gerücht wäre, dies doch aufkommen kann zu einer Zeit, wo Japan an den Pforten des russischen Weltreichs manövriert und offen Einbruchsgelüste zeigt. Dies Gerücht, wenn es nicht mehr sein sollte, offenbart doch wieder, wie eng verknüpft mit der Weltwirtschaft ein Staat ist, dessen Wirtschaftssystem, dessen natürliche Reichtümer und dessen soziologisch-ökonomische Zusammensetzung ihn mehr als jeden anderen zu einer wirtschaftlichen Autarkie, zu einer Selbstgenügsamkeit befähigen würden. Wie unsinnig die Autarkiepsychose in anderen Ländern, in Deutschland z. B., ist, läßt sich daran ermessen.

Es kommt in diesem Kreditgesuch, wie immer man es sonst bewerten mag, aber weiterhin zum Ausdruck, wie angespannt die Finanzlage Rußlands ist. Man verrät kein Geheimnis, wenn man feststellt, daß das Budget der Sowjetunion ein Inflationsbudget ist. Gewiß darf man nicht den Maßstab privatkapitalistisch organisierter Staaten legen, doch kann man ebensowenig übersehen, daß ein Mißverhältnis zwischen Geldumlauf und Gütererzeugung besteht. Die Kaufkraft des Rubels ist gesunken, die Akkumulation nach dem Fünfjahrplan ist nur durch gesteigerten Entbehrungsfaktor — und auch so nur unvollkommen — durchzuführen. Selbstverständlich, um es stark zu betonen, ist der russische Staat natürlich in der Lage und willens, die Folgen dieser Finanzentwicklung am längsten von der Arbeiterschaft fernzuhalten — Lohngestaltung und Lebensmittelzuweisung weisen das aus —, im Gegensatz zu den Staaten privatkapitalistischen Wesens, wo die Inflation das beste Mittel zur Enteignung der Mittelschichten und Auspowerung des Proletariats ist. Aber diese Unsicherheit im russischen Staatshaushalt muß natürlich Rückwirkungen auf die Durchführung des Fünfjahrplans sowohl, wie auch auf die Innen- und vor allem die Außenpolitik haben.

Im Lichte dieser Tatsachen sind die Faktverhandlungen zu betrachten, über die bereits ausführlich gemeldet wurde. Sehr möglich, daß ein Kreditgesuch an Japan nicht mehr ist als ein ballon d'essai, ein Versuchsballon, der

Parole unserer Zeit:

Streik gegen die herrschende Klasse!



Macdonalds Polizei zerstreut eine Demonstration der streikenden Hafenarbeiter in London. Auf die Dauer aber werden die Waffen der Polizei die Aufstände der arbeitenden Bevölkerung nicht niederkämpfen können. In allen kapitalistischen Ländern wächst der revolutionäre Wille des Proletariats!

den Kapitalisten von USA und vor allem Frankreich vor die Nase gehalten wird. Denn mit dem Futterneid der Kapitalisten, mögen sie den Bolschewismus noch so sehr verabscheuen, haben die Russen oft und oft mit Erfolg kalkuliert. Geschäft ist Geschäft. Und Geschäft und Politik sind bekanntlich nicht zu trennen. (Siehe die Russengeschäfte Deutschlands!)

Das Kreditgesuch mag eine Zeitungsente sein oder nicht, es ist ein Symptom unter allen Umständen; geeignet auch, den blinden Außenpolitikern von Lausanne und Genf den Star zu stechen, ihnen zu zeigen, daß man nicht mit Starheit, sondern nur mit Beweglichkeit erfolgreich Politik machen kann, wie das die Russen unbezweifelbar tun und verstehen. Die Aufgabe des europäischen Proletariats bleibt, gerade im Hinblick auch auf Rußland, immer die gleiche: zuerst Kampf gegen den „nationalen“ Kapitalismus und gleichzeitig engere internationale proletarische Verbindung, um der kapitalistischen Kampf-internationale gegen die Arbeiterschaft aller Länder, die unverändert bei aller Konkurrenz und so auch bei jeder Abmachung besteht, Schach bieten zu können.

★

Das deutsche Russengeschäft

Keine Ausfallbürgschaft mehr

Berlin, 16. Januar

Mit Rücksicht auf zahlreiche Anfragen aus industriellen und landwirtschaftlichen Kreisen wegen der Erteilung von Ausfallbürgschaften für Russengeschäfte wird von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt:

Die Uebernahme von Ausfallbürgschaften im Rußlandgeschäft ist infolge der im Zusammenhang mit dem im Vorjahr abgeschlossenen Pjatakoff-Abkommen stehenden sehr starken Inanspruchnahme der Garantiemittel bis auf weiteres nicht möglich.

★

Der deutsche Gesamtkredit an Rußland beläuft sich auf ungefähr 1,2 Milliarden Mark, wovon rund eine Milliarde unter Garantie der öffentlichen Hand gewährt wurde. So daß Reich (40 Proz.) und Länder (30 Proz.) zusammen für etwa 700 Millionen RM. haften. Die Gesamtverpflichtung Rußlands wird auf 2-2,5 Milliarden RM. geschätzt, Deutschland trägt also den Löwenanteil der Kredite an Rußland. In weitem Abstand folgen Amerika und England. Direkten Kredit hat am wenigsten Frankreich gewährt. Die Bedürfnisse nach französischen Krediten werden also wohl den Haupthintergrund für die Raktverhandlungen darstellen.

Ueber 100 Millionen Rubel für Wohnungsbau

TU. Moskau (über Kowno), 18. Januar.

Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat 53 Millionen Rubel für den Bau von Wohnungen in Moskau und 30 Millionen für solche in Leningrad und 50 Millionen Rubel in Magnitogorsk bewilligt. Die Beträge müssen im Laufe dieses Jahres ausgenutzt werden.

Zur Finanzierung:

einmalige Steuer

Moskau, 18. Januar.

Zur Sicherung der Ausführung des Planes für die Wohnungs- und Kommunalbautätigkeit in den Städten und Industriezentren und des Planes einer kulturellen und wirtschaftlichen Bautätigkeit in den Dörfern sowie des Planes zur Verbesserung der kulturellen Einrichtungen im Dienste der Werktätigen hat, wie die Telegr.-Agentur der Sowjetunion meldet, die Sowjetregierung für 1932 die Erhebung einer einmaligen Steuer in den Städten und Dörfern verfügt.

Kein

russisch-japanischer Pakt

Tokio, 16. Januar.

Seit einiger Zeit schon gehen Gerüchte, daß Rußland wünscht, auch Japan in sein Nichtangriffspakt-System einzuschließen. Außenminister Yoshisawa gab zu, daß bei ihm während seines Aufenthaltes in Moskau von Litwinoff sondiert worden sei, ob Japan zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes bereit sei.

Die japanische Regierung hat beschlossen, keine Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes einzuleiten, solange die mandchurische Aktion noch nicht beendet ist.

Kulturbringer!

Moskau (über Kowno), 17. Januar.

Nach einer russischen Meldung aus Tokio hat ein japanisches Bombenflugzeug 30 Meilen östlich von Chabin Bomben abgeworfen und dabei ein Pulverlager in die Luft gesprengt. Bisher wurden 52 Tote gemeldet.

Furchtbare Metzeler

TU. London, 18. Januar.

Britischen Meldungen aus Mukden zufolge sollen in einem Gefecht bei Yintai 500 Banditen (Die anderen sind immer „Banditen“. Red.) niedergemacht worden sein. In Kämpfen bei Chienhsiao sollen ferner 136, und bei Tungliao 90 Banditen getötet worden sein.

Bei Chini wurden vier Japaner ermordet aufgefunden. Darunter befindet sich auch der Kriegsberichterstatter der japanischen Zeitung „Nishinichi“.

Hitlers Denkschrift an Brüning

Der Statthalter soll abtreten

„Er“ will „sein“ System selbst durchführen

Berlin, 18. Januar.

Herr Hitler hat die Denkschrift an den Reichskanzler, in der er seine Ablehnung der parlamentarischen Amtsverlängerung Hindenburgs begründet, der Öffentlichkeit übergeben. Bekanntlich hat er „verfassungsmäßige“ und „politische“ Gründe. Bezüglich der ersteren ist ihm eingefallen, daß der Verfassungsartikel, der die Volkswahl vorsieht, nur aufgehoben werden kann, wenn der Reichstag auch das Recht auf Absetzung des Reichspräsidenten erhalte. Damit würde aber die Wahl des Reichspräsidenten „den wechselnden Zufällen parlamentarischer Mehrheiten“ ausgeliefert.

Die Rolle als Schützer der Verfassung, in der er sich offenbar selbst etwas komisch vorstellt, gibt er aber im nächsten Satz der Denkschrift bereits auf. Ueber diese Zwirnsfäden würde er nicht mehr stolpern, wenn... der Reichstag neugewählt würde.

Neuwahlen seien aus außenpolitischen Erwägungen dringend erforderlich.

Der Verfall des Reiches habe seinen Ausgangspunkt nicht so sehr in außenpolitischen Aktionen als vielmehr in der innerpolitischen Zerstörung des Volkskörpers durch die das heutige System verkörpernden Parteien. Daher sei die unvermeidliche Voraussetzung für künftige außenpolitische Erfolge die innerpolitische Ueberwindung der Zersetzungsarbeit, die Deutschland dorthin getrieben habe, wo es sich heute befinde. Sollten Politiker in der endlich festgestellten Zahlungsunfähigkeit Deutschlands einen eminenten Erfolg einer klug ausgelegten Politik erkennen können, dann bliebe höchstens die Stümperhaftigkeit zu bemerken, die 12 Jahre lang bedurfte, um qualvoll

zu vollziehen, was geschicktere Menschen vielleicht schon in drei Jahren hätten demonstrieren können.

Er, Hitler, glaube nicht daran, daß die Schwäche, außenpolitisch gesehen, plötzlich ein Vorzug sein könnte. Er glaube noch weniger, daß eine Regierung, deren innerpolitisches Fundament nur in der Angst eines Systems begründet sei, das die Auseinandersetzung mit dem Gegner scheue, ein wirksamer Repräsentant einer Nation wäre. Man könne nicht auf die Dauer annehmen, daß

ein Volk durch ein Regiment wirkungsvoll nach außen hin vertreten werden kann, wenn dieses Regiment für die Notwendigkeit seines Daseins nichts anderes anzuführen habe als die Drohung mit dem, was an seine Stelle käme, wenn es nicht mehr wäre.

Er halte es für unumgänglich notwendig, daß ein Regiment komme, dessen Existenz aus eigener Kraft seine Daseinsberechtigung schöpfe. Er sehe daher in jedem Vorgang, der zur

Ueberwindung des heutigen Systems führen könne, einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands. Erst wenn Deutschland wieder etwas zu bieten habe, werde man ihm etwas geben.

Somit sei die Frage der außenpolitischen Rehabilitierung Deutschlands letzten Endes eine Frage der moralischen (!) Rehabilitierung des Volkes im Innern und damit eine Frage der Ueberwindung eines Systems,

das in der Geschichte unzertrennlich verbunden sein werde mit der Periode der inneren und äußeren Entwertung unseres Volkes.

Zum Schluß wirft der Aufgeblasene die Frage auf, ob es moralisch erträglich er-

scheine, jahrelang als Staatsfeind verfeimt zu werden,

um dann plötzlich mit dem Vorantritt bei einer Rettungsaktion beehrt zu werden, deren Wortführer anscheinend kein Gefühl für das berechtigte Erstaunen der also Bevorzugten besäßen.

Auch deshalb müsse er den Vorschlag ablehnen, so sehr auch die Mitkämpfer des großen Krieges für den Reichspräsidenten als den Generalfeldmarschall unserer Heere unveränderliche ehrerbietige Dankbarkeit empfänden.

Hitlers Denkschrift ist auf den Ton des starken Mannes gestimmt. Er will offensichtlich Brünings Plan durchkreuzen, ihn durch die Uebernahme der außenpolitischen Forderungen der Nazis den Wind aus den Segeln nehmen. Was Herr Hitler nach dieser letzten krassen Schwenkung Brünings noch bleibt, ist die Berufung auf sein Erstgeburtsrecht, darauf, daß er es bereits vor 12 Jahren gesagt habe... Nicht dem endlich bekehrten Brüning, sondern ihm, dem weitsichtigen und allwissenden Adolf stehe daher das Recht zu, diese Außenpolitik zu vertreten und das „System zu vernichten.“

Diese Antwort Hitlers ist der letzte Zug in dem neuesten Schachspiel. Sie beweist, daß heute die Frage nicht mehr lautet, welche Politik betrieben werden soll, sondern nur noch, wer die Politik, über deren Inhalt Hitler und Brüning, der Parteigänger der Eisernen Front, sich längst einig sind, nun durchführen soll. Es ist also längst nicht mehr eine Frage des „Systems“, wie Hitler sich hochtrabend ausdrückt, sondern nur noch die Frage: Wer ist der rechtmäßige Vollstrecker dieses, nämlich des faschistischen Systems?

Nach Ottakring und Heimwehr-Attentatsplan

Entwaffnung in Oesterreich?

Innenminister Winkler verspricht Unparteilichkeit

Wien, 18. Januar

Der Ueberfall auf das Ottakringer Arbeiterheim hat in Oesterreich doch mehr Staub aufgewirbelt, als die Urheber selbst vielleicht sich hatten träumen lassen. Hinzugekommen ist allerdings noch der Attentatsplan auf den Innenminister Winkler, der auch den faschistenfreundlichen Mitgliedern der Regierung gezeigt haben mag, daß das Spiel mit dem Feuer nicht ungefährlich ist. Alles freilich wird überschattet von der wirtschaftlichen Not in Oesterreich, den ungeheuren finanziellen Schwierigkeiten und den Verhandlungen, die das kleine Land deswegen führt.

Hierauf und auf die Genfer Konferenz verwies vor allem der Genosse Dr. Renner, der vor einer

Länderkonferenz der niederösterreichischen Sozialdemokratie

gestern sprach. Nach lebhafter Debatte wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. erklärt wird, der Heimwehrputsch am 13. September vorigen Jahres sei ungeeignet geblieben. Während die Staatsgewalt die Putschisten am 13. September mit ihren Waffen abziehen ließ und sie auch später nicht entwaffnet habe, seien Waffen des republikanischen Schutzbundes beschlagnahmt worden. Die sozialdemokratische Landeskonferenz fordere die Parteilosen zur höchsten Wachsamkeit auf. Sollte die Heimwehr ihre Drohungen wahrnehmen und einen bewaffneten Anschlag gegen die demokratische Republik unternehmen, so werde „die niederösterreichische Arbeiterschaft unter Führung des republikanischen Schutzbundes einen unübersteigbaren Wall um das rote Wien bilden.“

Der Bundesminister Winkler hat in der Wiener „Sonn- und Montagszeitung“ gestern einen Artikel veröffentlicht, in dem er unter anderem auch auf das gegen ihn geplante Attentat zu sprechen kommt und sagt:

„Ich lasse mich nicht einschüchtern und schreite unbeirrt auf dem Wege fort, den ich einmal für richtig erkannt habe. Den Anstiftern des Komplotts erkläre ich: ein Mann, der so genau die Not und die Bedürfnisse des Volkes kennt, ändert nicht so leicht seine Ansichten, wie verantwortungslose und nach Abenteuerlust lüsterne „Volksführer“ glauben möchten. Für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung hat nur der Staat zu sorgen, aber keine politische wie immer orientierte Kampforientierung.“

Bedeutung ist noch, daß in einer Unterredung mit einem Vertreter des Wiener „Morgen“ der Innenminister ankündigt, daß in den nächsten Tagen im Nationalrat ein Gesetz eingebracht werden soll, das die Entwaffnung aller Formationen vorsehe und den Staat als alleinigen

Träger der Machtmittel von jedem Einfluß der Parteien befreien soll. Der Staat dürfe keine Ausnahme machen und müsse alle Versuche vereiteln, die vom Wege der Demokratie abwichen.

Die Bundesregierung werde in sachlicher und objektiver Weise die Aktion zur inneren Abrüstung streng unparteiisch durchführen.

„Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“, wird wohl mancher Wiener Proletarier in seinen Bart murmeln. Wir hatten schon vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß die österreichische Sozialdemokratie verschiedentlich die freiwillige Entwaffnung vorgeschlagen hatte, unter der Voraussetzung, daß sie unparteiisch unter gegenseitiger Kontrolle vorgenommen werde. Bis jetzt aber ist es immer so gewesen, daß man die Entwaffnung gegen links sehr ernst nahm, die Heimwehren aber in jeder Weise schützte und begünstigte.

Straßenkampf in Spanien

Bilbao, 18. Januar

Nach einer Kundgebung der Traditionalisten kam es hier gestern zu ersten Zwischenfällen. Auf der Straße gerieten traditionalistische Elemente mit Republikanern zusammen, wobei die Erstgenannten von ihren Waffen Gebrauch machten.

Vier junge Leute wurden getötet!

sieben Personen, darunter ein Gendarm, wurden verwundet. Die Volksmenge versuchte, in das Gebäude der Carlisten einzudringen. Kommunisten (?) durchzogen während dieser Zeit unter dem Gesang der Internationalen die Stadt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

★

Sevilla, 17. Januar

Die Polizei hat bei den letzten Durchsuchungen 1800 Hieb- und Stichwaffen sowie 50 Schußwaffen beschlagnahmt. Mehr als 100 Personen wurden verhaftet.

★

„Um Schlimmeres zu verhüten“

Zu den Vorgängen in Bilbao bringt die TU noch die folgende zweifelslos gefärbte Meldung, aus der aber doch zu ersehen ist, wie ernst die Situation in Spanien ist.

Madrid, 18. Januar.

Die Zusammenstöße in Bilbao am Sonntagabend sind weitaus erster gewesen, als sich

27 Millionen für einen Herzog

Jena, 18. Januar.

In dem Prozeß des ehemaligen Herzogs von Altenburg gegen das Land Thüringen hat das Oberlandesgericht Jena am Montag das Urteil verkündet. Das Oberlandesgericht hat die Klage des Herzogs, die auf Rückgabe des gesamten durch Vertrag vom Juni 1919 dem Lande überlassenen Domänenfideikommissvermögens ausgeht, dem Grunde nach für berechtigt erklärt. Entschieden hat es jedoch vorerst über einen Teilanspruch.

Das Urteil wird damit begründet, daß der seinerzeit abgeschlossene Vertrag formelle Mängel aufweise. Betrifft das Urteil zunächst auch nur einen Teilbetrag von 10 000 Reichsmark, so geht seine prinzipielle Bedeutung doch weit über diesen Betrag hinaus, da es sich um einen Grundbesitz handelt, dessen Wert auf insgesamt 27 Millionen Mark beziffert wird. Es steht außer Frage, daß das Schlußurteil diesen ganzen Besitz dem Exherzog zusprechen wird.

Das Urteil ist ein neuer Skandal in der Reihe der Fürstenabfindungsprozesse. Es wirkt um so aufreizender, als gegenwärtig die öffentlichen Finanzen zerrüttet und auf der anderen Seite die Volksmassen der schreiendsten Not ausgeliefert sind.

nach den ersten Meldungen vermuten ließ. Das Versammlungslokal der Rechtsparteien wurde nach den ersten Zusammenstößen, bei denen vier Tote und zahlreiche Verwundete zu beklagen waren, von den sozialistischen und republikanischen Gruppen regelrecht belagert. Herbeigeeilte Zivilgarde und Militär gaben mehrere Salven ab, um Schlimmeres zu verhüten. Gleichzeitig griff Straßenpöbel die Polizei an, wobei zwei Beamte schwer verletzt wurden. Ein Versuch, die katholische Zeitung zu stürzen und in Brand zu stecken, wurde abgewehrt. Auf das Frauenkloster in Bilbao wurde ebenfalls ein Angriff unternommen; die Angreifer wurden durch Schüsse aus dem Innern des Klosters vertrieben.

Die sozialistische Arbeiterschaft beschloß einen 24stündigen Generalstreik. Die Erregung in der Bevölkerung von Bilbao ist außerordentlich groß.

Streikbewegung

Barcelona, 17. Januar

Für morgen ist ein Streik der Textilarbeiter angekündigt worden, weil die Arbeitgeber erklären, daß sie die von ihren 25 000 Arbeitern geforderte Lohn-erhöhung um 25 Prozent nicht bewilligen können.

Die Kraftdroschenführer sind wegen der Absicht des Gemeinderates, die Kraftdroschenkentarife zu vereinheitlichen, in den Streik getreten. Es handelt sich um insgesamt 3600 Streikende.

Der erwiesene Justiz-Irrtum Ein Nachwort zum Pohl-Prozeß

R. Breslau, 18. Januar.

Der Breslauer Prozeß gegen den Bäcker Pohl erhielt eine generelle Bedeutung durch seine justizkritische Seite. Die Details eines Sexualmordes mögen gewisse Zeitungen interessieren. Was uns angeht, ist der erwiesene Justizirrtum. Pohl wurde unschuldig verurteilt, das ist das Ergebnis des Wiederaufnahmeverfahrens. Ein Mensch, der nichts anderes tat, als in der Nähe des Tatorts zu sein, wurde ergriffen. Er geriet in das engmaschige Netz der Paragraphen, er beteuerte sine Unschuld, es nützte ihm nichts. Die Schlinge wurde enger gezogen. Indizien sprachen gegen ihn, Indizien, durch Eide notdürftig gestützt, führten zum Urteil: 10 Jahre Zuchthaus — damit war seine Existenz ausgelöscht. Und wieviel hatte gefehlt, da fiel sein Kopf, da stände man vor einem nie wieder gut zu machenden Unrecht, vor einem Justizmord!

Das erste Urteil ist nicht leichtfertig erfolgt. Das muß man objektiv sagen. Aber Fehler sind gemacht worden.

Man hat die Indizien nicht hinreichend geprüft.

Man hat der Hauptbelastungszeugin bei der Reproduktion der Identifizierungsszene im Mordhaus nur Pohl, nie einen Fremden gegenübergestellt. Dabei war die Frage der Bewertung dieser Zeugenaussage, die Frage der Erkennungsmöglichkeit auf der Mordhaustreppe das entscheidende Indiz für die Verurteilung Pohls. Wäre das gleiche Experiment wie im Wiederaufnahmeverfahren, wäre die Gegenüberstellung Fremder vor dem ersten Urteil erfolgt, dann wäre es zu dem Fehlurteil gar nicht gekommen.

Und dann die Frage der Täterschaft Schiewecks. Man mag daran Zweifel haben. Immerhin: Kriminalkommissar Dr. Schaefer enthüllte merkwürdige Dinge. Er sagte als Zeuge aus, daß die Akten „gegen alle Gepflogenheiten“ von der Staatsanwaltschaft zurückgefordert wurden, ehe die Kriminalpolizei das Geständnis Schiewecks im einzelnen geprüft und mit den Belastungsmomenten verglichen hatte. Oberstaatsanwalt Keimer verbat sich dieses „Werturteil“. Aber es steht wohl fest, daß die Akten gegen den Protest der Polizei und auf Anordnung der Staatsanwaltschaft vor Sicherstellung des Geständnisses zurückgingen. So korrigierte sich jedenfalls Dr. Schaefer.

Eine „nicht ganz gewöhnliche Art der Vernehmung“ betrieb ferner Landesgerichtsrat Ullmann. Wir sind nicht die Instanz, über seine Fähigkeiten zu urteilen. Aber erwiesen ist, daß er die Vernehmungen zum Geständnis Schiewecks ohne Akten vornahm; das hat er selbst ausgesagt. Nach Schiewecks Widerruf schließlich vernahm er diesen im Beisein der Hauptbelastungszeugin des Pohl, so daß Schieweck erfuhr, daß er als Täter gar nicht in Frage kam. Nette Untersuchungsmethoden! Aber Herr Landesgerichtsrat Ullmann, der uns mit seinem Einglas und forschen Auftreten an eine ver-

sunkene Zeit erinnerte, hält Pohl heut noch für den Täter. Dem Schieweck hat er zugeredet „wie einem kranken Pferde“ — ein tierschutzfreundliches Gebahren — und dem Strafgefangenen M. gegenüber freundlich bemerkt: „Er (M.) wolle doch wohl nur dem Pohl helfen“. Das sind so kleine Streiflichter, die die „Hintergründe der Erklärung“ des Kriminalkommissars Schaefer beleuchten. Diese „Hintergründe“ sind dem Oberstaatsanwalt „vollauf bekannt“. Aber da wir mit ihm in der Absicht, die Wahrheit zu erforschen, durchaus einig sind, haben auch wir uns erlaubt, an Hand der Zeugenaussagen Ge-

danken zu machen und unsere Vermutungen über die uns leider nicht bekannten „Hintergründe“ zu äußern.

Wir können nun noch auf den Laieneid eingehen oder auf die eigenartige Atmosphäre des Pohl-Prozesses — die eine Hälfte der Zeugen wurde aus dem Zuchthaus geholt, die andere tauchte aus dem Dunkel der Dirnenstraßen auf, wo sie ihrem Gewerbe nachgeht — eine Atmosphäre, die auch auf die Geschworenen unbewußt wirken konnte. Wer vermag darüber zu richten?

Der Pohl-Prozeß zeigte jedenfalls die Grenzen der Justiz. Er zeigte die

Grenzen des menschlichen Vermögens über Recht und Unrecht zu entscheiden. Wir wollen die Sachlichkeit des Oberstaatsanwalts Keimer, dessen Plädoyer Linie und Format zeigte, und die Umsicht und Objektivität des Vorsitzenden, Landesgerichtsdirektor Lemmen, hervorheben. Aber es bleibt die Frage: was wäre geschehen, wenn sich die Liga für Menschenrechte nicht des Falles bemächtigt, wenn das vom Reichsgericht bestätigte erste Urteil weiterhin Rechtswirkung behalten, oder wenn man sogar ein Todesurteil gefällt hätte. Das mag den Befürwortern der Todesstrafe zu denken geben!

Eisenbahn-Unglück

Schwere Katastrophen in Frankreich und Rußland

Paris, 18. Januar.

Auf der Strecke Paris—Amiens, etwa 80 km von der französischen Hauptstadt entfernt, ereignete sich in den späten Abendstunden des Sonntag ein schweres Eisenbahnunglück, das bis zur Stunde zehn Tote und etwa 20 Schwerverletzte gefordert hat.

Der fahrplanmäßige Personenzug Paris—Amiens hatte zur Abfahrzeit den Pariser Nordbahnhof verlassen, als drei Wagen dritter Klasse und einer zweiter Klasse etwa 400 m vor der Einfahrt in den Bahnhof von Saint Just aus den Schienen sprangen. Während ein Wagen dritter Klasse, der bis auf den letzten Platz besetzt war, sich sofort umlegte und von den darauffolgenden Wagen eingedrückt wurde, raste ein Wagen zweiter Klasse in ein neben den Schienen gelegenes Wärterhäuschen, in dem sich drei Bahnangestellte befanden, die sämtlich schwer verletzt wurden. Die beiden anderen Wagen schoben sich ineinander und bildeten nur noch eine Masse von verbogenem Eisen und zertrümmertem Holz. Aus dem Trümmerhaufen ertönte das Schreien und Röcheln der Sterbenden und Verletzten, denen die Reisenden der unbeschädigt gebliebenen Wagen bei Fackellicht die erste Hilfe brachten. Gegen Mitternacht hatte man bereits acht Tote und zwölf meist lebensgefährlich Verletzte geborgen. Die Unglücksstelle bietet ein Bild wilder Verwüstung. Zwischen den Trümmern liegen die Leichen bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt eingeklemmt. Die Zahl der Toten ist deshalb so groß, weil der Zug bis auf den letzten Platz mit Reisenden gefüllt war, die zum größten Teil den Sonntag zu einem Ausflug nach Paris benutzt hatten und sich auf der Heimreise befanden. Nur von zwei Todesopfern konnten bisher die Personalien festgestellt werden. Alle anderen sind so verstümmelt, daß die Feststellung ihrer Personalien auf große Schwierigkeiten stößt.

Die Ursache des Unglücks steht noch nicht fest. Man glaubt aber, daß sie auf einen Weichenbruch zurückzuführen ist. Es ist damit zu rechnen, daß eine ganze Anzahl der Verletzten nicht mit dem Leben davonkommt.

13 Tote

TU. Paris, 18. Januar

Bisher sind 13 Todesopfer des Eisenbahnunglücks bei Saint Just festgestellt worden. Acht davon konnten identifiziert werden. Die Untersuchung hat ergeben, daß das Unglück auf den Bruch der Koppelung eines Wagens 200 Meter vor einer Weiche zurückzuführen ist. Drei Beamte, die an der Weiche beschäftigt waren, gerieten unter die Trümmer und erlitten schwere Verletzungen.

68 Todesopfer bei Moskau

Moskau, 17. Januar.

Vor dem Obersten Gerichtshof der Sowjetunion beginnt morgen der Prozeß wegen eines Zusammenstoßes von zwei Vorortzügen der Kasaner Eisenbahn, der sich am 2. d. M. zwischen den nahe bei Moskau gelegenen Stationen Kossino und Uchtomskaja ereignet hatte. An diesem Tage waren von Moskau zwei Abendzüge in einem Abstand von wenigen Minuten abgegangen. Der erste Zug mußte nach der Station Kossino anhalten, weil sich ein Betrunkener vor die Lokomotive geworfen hatte. Das Zugpersonal sorgte jedoch nicht für Warnungssignale, so daß der folgende Zug mit einer Geschwindigkeit von 70 km in den ersten Zug hineinfuhr. Nicht genug damit, im selben Augenblick kam auf dem zweiten Gleis eine Reservelokomotive in der Richtung Moskau an, die in den Trümmerhaufen hineinfuhr. Ein sich dem Ort des Zusammenstoßes nähernder vierter Zug konnte glücklicherweise noch rechtzeitig angehalten werden. Die Katastrophe kostete 65 Personen das Leben, 131 wurden mehr oder minder schwer verletzt, drei von ihnen sind später ihren Verletzungen erlegen. In dem morgigen Prozeß sollen elf an dem Unglück schuldtragende Personen zur Verantwortung gezogen werden.

Zwei Tote auf Karsten-Zentrum geborgen

Beuthen, 17. Januar.

Die Rettungsarbeiten in der Karsten-Zentrums-Grube haben gestern spät abends zur Bergung der Leiche des Zimmerhäuers Weiß aus Beuthen geführt. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des Knappschaftslazarets gebracht.

Beuthen, 17. Januar.

Im Laufe des heutigen Nachmittags ist auch die Leiche des zweiten Toten von Karsten-Zentrum, des Häuers Ignatz Misch aus Beuthen, unter äußerst schwieriger, gefahrvoller Arbeit geborgen und über Tage gebracht worden. Misch hinterläßt Frau und zwei Kinder. Er lag ebenfalls unter Gestein eingeklemmt und ist erst nach vier Tagen von seinen Leiden erlöst worden. Von den am 5. Januar verschütteten 14 Bergleuten werden jetzt noch fünf vermißt.

Radiumfunde in Oesterreich

In Oberösterreich wurde bei der Lokalbahnhaltestelle Neuhaus-Niederwaldkirchen radiumhaltige Erde entdeckt. Ihr Gehalt an Radium soll sehr hoch sein.

Eine Wasserwüste

Die Hochwasserkatastrophe im Mississippi-Gebiet

Memphis, 17. Januar.

Die Hochwasserkatastrophe am Tallahatchie-Fluß im Stromgebiet des Mississippi nimmt ungeheure Ausmaße an. Unter Gefahr ihres Lebens versucht die Rettungsmannschaft, die auf die Dächer der Häuser geflüchtete Bevölkerung zu bergen. Die wild tobenden Gewässer gestalten dieses Werk ungeheuer schwierig. Die Boote, mit denen die Rettungsmannschaft die Bergungen vornimmt, haben in der Wasserwüste, die von Minute zu Minute anschwillt und jetzt schon ein Gebiet von 50 000 Acres überflutet, aufs schwerste zu kämpfen. Ingesamt sind in sechs Grafschaften etwa 3 250 000 Acres überschwemmt. Die Flut nähert sich jetzt allmählich dem weiter südlich gelegenen Yalobusha-Fluß. Unter der Hilfsmannschaft von Swanlake herrscht die Ansicht, daß das ganze Deichgebiet als verloren gelten kann. Das Geschäftsviertel von Glendola ist überschwemmt. In dieser Stadt ruht alle Arbeit.

Strenger Winter in Persien

Verkehrsstörungen durch Schneeverwehungen

Teheran, 17. Januar.

Durch starken Schneefall sind die telegraphischen und telephonischen Ueberlandverbindungen zu einem großen Teil unterbrochen worden, da die Leitungsröhre unter der schweren Schneelast an vielen Stellen gerissen sind. Auch wird aus dem ganzen Lande strenge Kälte gemeldet, die bereits einige Menschenleben gefordert hat.

Schweres Sprengunglück

Ein Toter, ein Schwerverletzter.

Simmern (Hunsrück), 17. Januar.

In Blankenrath ereignete sich ein schweres Sprengunglück. Der Sägewerksbesitzer Otto Adam und sein Bruder suchten bei der Sprengung alter schwerer Maschinen Schutz hinter einer Bretterwand, die jedoch von umherfliegenden Eisenstücken durchschlagen wurde. Otto Adam wurde auf der Stelle getötet, sein Bruder lebensgefährlich verletzt.

Gerüsteinsturz in Kairo

Vier Proleten getötet

Kairo, 18. Januar.

Durch den Einsturz eines Gerüstes beim Neubau des Landwirtschaftsministeriums sind vier Arbeiter getötet und neun schwer verletzt worden.

Hitler im Staatstheater

Bei einem seiner letzten Besuche in Berlin „beehrte“ Hitler auch das Staatstheater, um sich den „Wallenstein“ anzusehen. Der „Führer“ ließ sich bei Heinrich George melden, um — à la Wilhelm — dem Künstler die Hand zu drücken. George scheint aber für solche Ehrungen kein Verständnis zu haben, denn er verweigerte das Empfangsgesuch Hitlers mit den Worten: „Wir spielen heute zwar Schiller, ich antworte aber mit einem Zitat aus Goethes „Götz“.



DIE EINZIG RICHTIGE

JUNO



JOSETTI

6 STÜCK 20 &

> IHRER GÜTE WEGEN BERLINS MEISTGERAUCHTE CIGARETTE %M. <

Arbeiter-Sport vom Sonntag

Um die Kreismeisterschaften

Letzte Vorentscheidung in Baden-Pfalz Kickers-Ludwigshafen a. Rh. hat sich durch einen 2:0- (1:0) Sieg über den Kaiserslauterner Bezirksmeister Rammelsbach die Berechtigung zur Teilnahme am Endspiel um die Bad.-Pfälzische Meisterschaft erworben. Titelverteidiger ist Hagsfeld, der Bezirksmeister von Karlsruhe.

Cottbus 93 kommender Lausitzer Meister. Cottbus 93, das aus dem Wettbewerb mit Döbern und Räschen als die beste Mannschaft hervorging, schlug in der letzten Vorentscheidung die Lausitzer Meisterschaft den Landsberger Bezirksmeister Schönlanke 8:0 (6:0). Pflichtgemäß muß Cottbus noch ein Spiel gegen Schönlanke austragen, dessen siegreicher Ausgang für Cottbus nicht zweifelhaft ist, so daß mit Bestimmtheit mit Cottbus 93 als Lausitzer Meister gerechnet werden kann.

Knappe Ergebnisse im Kreis Hessen-Mittelrhein. In den Spielen der Sieger und Verlierer vom Vorrundentag erwiesen sich die Sieger Egelsbach und Naunheim wieder als die durchschlagkräftigsten Mannschaften und teilten sich nach einem energischen Kampf mit 2:2 in die Punkte. Bei den Verlierern Frankfurt-Bornheim gegen Bockenheim entschied das Glück mit 1:0 für Bornheim.

Spannende Kämpfe in Sachsen. Die drei letzten Anwärter auf die Sachsenmeisterschaft wurden in den Mannschaften von Leipzig-Südwest, VfB. Riesa und Niederhau (Erzgeb.) ermittelt. Leipzig gewann gegen Taura (Vogtland) trotz Ueberlegenheit im Feldspiel nur durch zwei harte Elfmeterentscheidungen des Schiedsrichters mit 4:3 (0:2). — Der Chemnitz Meister „Sachsen“ zeigte gegen Niederhau ungenügende Stürmerleistungen und verlor vor 6000 Zuschauern 2:4. — Riesa mußte alle Kräfte zusammenreißen, um gegen ASV Zittau mit 3:2 (0:1) zu bestehen. — Die Verlierer sind ausgeschieden, die Sieger spielen nun unter sich eine Runde um die Sachsenmeisterschaft.

Die Entscheidung im Kreis Kassel-Südharz gefallen. Der Kasseler Bezirksmeister Oberkaufungen gewann mit nicht ganz überzeugenden Leistungen gegen Dennhausen 5:2, und damit auch die Kreismeisterschaft. — Göttingen-Hersfeld spielten 2:0 und stehen mit Dennhausen punktgleich hinter Oberkaufungen. — Sie gewannen je ein Spiel, während Oberkaufungen kein Spiel verlor.

Letzte Runde in Westdeutschland. Die ersten Spiele der rheinisch-westfälischen Gruppenmeister brachten die erwarteten Siege. Westdeutsche Meister Obersprockhövel gewann über Düren 4:1 (1:1) und Wanne über Dortmund-Barup 2:1 (1:0).

Württembergischer Spielbericht. Der Schwarzwaldmeister Schramberg unterlag gegen Sindelfingen 2:4 und Turnerbund Münsingen siegte über Waagen mit 4:3. Beide Spiele nahmen einen recht abwechslungsreichen Verlauf, und im Spiel Sindelfingen-Schramberg hätte das Ergebnis leicht umgekehrt lauten können. Die Meisterschaftsfrage ist immer noch ungeklärt.

Handball

Vorrundenschluß im Kreis Hessen-Mittelrhein. Frankfurt-Bockenheim hat durch den 4:3-Sieg über Oberrodern wieder die Möglichkeit erlangt, an den Spitzenführer Darmstadt heranzukommen.

Vogtland berichtet:

Spielt. 23—Rebesgrün 12:2. Rebesgrün konnte in Gelnitz die seinerzeit erlittene Niederlage nicht wettmachen. — Beide Mannschaften begannen mit einem scharfen Tempo. Die Spielweise der 23er konnte sich durchsetzen, und in der zehnten Minute eröffnete der Mittelstürmer den Torregen. In gleichmäßigen Abständen erzielte Spielt. 23 bis zur Halbzeit weitere fünf Tore. Nach der Pause dasselbe Spiel. 23, immer überlegen, erhöht die Torzahl um das Doppelte. Sehr angeprochen hat die ruhige Spielweise der Gäste. **Kürbitz—Eiche, 5. Abt., 4:0.** Dieses Spiel litt sehr unter ungünstigen Bodenverhältnissen. Anfangs sah es aus, als ob Kürbitz sich aufopfern müßte, um ihre erste Klasse der zweiten Klasse gegenüber zu behaupten; sie konnten sich aber doch noch durchsetzen. Halbzeitstand war 2:0. In der zweiten Halbzeit mußten sich die Turner noch zwei Tore gefallen lassen.

Treuen-Netzschkau 2:5. Ein Spiel von seltener Schärfe wurde wieder einmal gezeigt, bei dem Netzschkau zuerst in Führung kam. Der Gastgeber war nicht unentschlossen, so daß der Ausgleich bald geschaffen wurde. Durch das vorzügliche Paßspiel der Netzschkauer mußte Treuen sich als die Unterlegenen begeben.

Eintracht—Kleinfriesen 7:1. Mit Spielbeginn entpuppte sich Kleinfriesen als eine flinke und aufopfernde Elf. Man bekam ein schönes, flaches Spiel zu sehen. Die Stürmer von Eintracht nutzten jede Gelegenheit aus, um zu Torerfolgen zu kommen, was ihnen auch glückte. Die Stürmerleistungen von Kleinfriesen reichten nur bis zum Strafraum des Gegners, bei etwas besserem Zusammenwirken gäbe sie jederzeit einen sehr ernstesten Gegner ab.

Dorfstadt—Ellefeld 3:3. Trotz des starken Windes war das Spiel immer offen, und es war wenig zu bemerken, daß die mit dem Wind spielende Mannschaft eine Ueberlegenheit herausarbeiten konnte, denn beide Mannschaften befreibigten sich eines schönen Paßspiels.

Rodewisch—Auerbach 2:6. Rodewisch hielt in der ersten Halbzeit das Spiel offen und hatte deshalb mit 1:5 das Nachsehen. Auerbach verstand es besser und verteidigte in

Gesellschaftsspiele auf den Berliner Fußballplätzen

Hand- und Wasserballer im Serienkampf

Saxonia I—Blankenburg I 3:7.

In dem heutigen Spiel nahm Bl. Revanche für seine letzte Niederlage. Wenn auch das Resultat ziemlich hoch ausgefallen ist, so entspricht es doch nicht ganz dem Spielverlauf. S. war zeitweise stark überlegen. Es gelang ihnen jedoch nicht, Tore zu schießen; denn verschiedene Male halfen Torhüter oder Pfosten den Blankenburgern. Bl. gelang jeder Durchbruch, nicht zuletzt durch schlechtes Spiel des l. V. Bis Halbzeit stand es 4:2. Man hat sonst von S. bessere Spiele gesehen.

Saxonia II—Blankenburg II 8:1.

S. war meist überlegen, doch so schlecht, wie das Resultat vermuten läßt, war Bl. nicht. Im Gegenteil, Bl. lag zeitweise stark drückend in Saxonias Spielhälfte. S. erring durch den r. A. und durch zwei Tore des l. A. eine Halbzeitführung von 3:0. Nach dem Wechsel erhöht S. in regelmäßigen Abständen auf 8:0, bis Blankenburg den Ehrentreffer erzielt. Der gute Schiedsrichter hatte es leicht, denn das Spiel wurde ruhig und fair ausgetragen.

Butab I—Hansa 31 0:1 (0:0).

Während die beiden vorausgegangenen Spiele bei schönstem Wetter durchgeführt werden konnten, setzte beim Spiel der ersten Mannschaften ein leichter Regen ein. Während der ersten 30 Minuten war das Spiel ausgeglichen, dann setzte Hansa etwas mehr Druck dahinter, aber erfolglos. Der Sturm versiebt die sichersten Sachen. Nach dem Wechsel das gleiche Bild. Nach von links eingeegebener Flanke kann der Mittelstürmer H.s zum einzigen Tor verwandeln. Butab versucht mit aller Gewalt den Ausgleich zu erzielen, aber der Schlußmann H.s kann dies wieder verhindern. Trotzdem H. in der zweiten Halbzeit dauernd überlegen ist, bleiben weitere Erfolge aus. Der Vorkampf endete somit mit 4:2 Punkten für Hansa.

Butab 2—Hansa 31 3:2 (3:0).

Hansa begann vielversprechend, konnte dies aber nicht durch Torerfolge zum Ausdruck bringen. Vielmehr macht sich Butab frei und erzielt bis zur Halbzeit drei Tore. Nach dem Wechsel zunächst noch Ueberlegenheit H.s, doch dann kommt H. ins Spiel. Aber es reicht nur zu zwei Toren. Der erwartete Ausgleich blieb aus.

Butab 3—Hansa 31 3 0:5 (0:0).

Trotz überlegenen Spieles gelang es H. zunächst nicht, Tore zu erzielen. Erst nach dem Seitenwechsel wurden binnen weniger Minuten drei Treffer erzielt. Dann drückt B. auf das Tempo, kann aber nicht verhindern, daß H. noch zwei Tore für sich buchen kann.

der zweiten Halbzeit vielbeinig ihr Heiligtum. Rodewisch konnte trotz Ueberlegenheit nur noch ein weiteres Tor erzielen.

Rempesgrün—Raschau 10:5. Das Spiel bot in seiner gesamten Abwicklung recht viele und schöne Kampfmomente. Raschau war nicht so schlecht als wie das Resultat besagt.

2. Klasse:

Rempesgrün—Raschau 12:0; Haselbrunn—Eintracht 1:0; Rodewisch—Auerbach 3:7; Dorfstadt—Ellefeld 2:5; Eiche, 5. Abt.—Kürbitz 3:1; Oelsnitz—Lauterbach 8:0; Treuen—Netzschkau 2:1 (1:1); Oelsnitz 3—Rebesgrün 3 7:1.

Handball

Haselbrunn 3—1. Abt. I 3:6 (2:3). Die 1. Abt. mußte sich sehr um den Sieg anstrengen. Haselbrunn konnte bis zehn Minuten vor Schluß noch einen 3:3-Stand halten. — **Schwimmer 2—Haselbrunn Jgd 2:2 (0:2).** Da die Schwimmer tüchtig Schußspieße hatten, mußten sie sich ein Remis gefallen lassen. — **Haselbrunn I—Schwimmer I 10:2 (4:0).** Die letzte von den Schwimmern erhaltene Niederlage konnte Haselbrunn gutmachen. Die Schwimmer waren durch eine Herausstellung geschwächt.

Entscheidungen im Mainz-Wiesbadener Gebiet

Mainz-Bretzenheim Meister der 1. Klasse.

Die Entscheidung in der 1. Bezirksklasse ist endlich gefallen. Mainz-Bretzenheim hat nun doch die Entscheidung erzwingen. Trotzdem wurde der Mainzer Vorortmannschaft der Erfolg nicht so leicht gemacht, wie es scheinen dürfte. In der Schlußrunde entstanden dem Favoriten ernste Rivalen, von denen einer — Kreuznach 22 — sogar für kurze Zeit Bretzenheim von der Tabellenspitze verdrängen konnte. Doch Bretzenheim besserte sich in seinen letzten Spielen wieder zusehends. Die letzten Sonntage brachten dann die Vorentscheidungen. Die gefährlichen Widersacher mußten Bretzenheims Ueberlegenheit anerkennen und im Spiel des letzten Sonntags strauchelte dann auch der gefährlichste Rivale Mainz-Gustavsburg mit einer 3:0-Niederlage. Bretzenheim hat wohl noch ein Spiel nachzuholen, dessen Ausgang aber für die Meisterschaft nicht mehr entscheidend ist. Stellt Bretzenheim in den Aufstiegsplayoffs zur Kreisklasse ebenso seinen Mann, dann wird dem Verein der Weg nach oben nicht versperrt sein.

Ein zweites Spiel der 1. Klasse fand in Mainz statt. Dort gastierte Mainz-Ginsheim beim VfL und holte sich einen überzeugenden 6:2-Sieg. Allerdings spielte Mainz weit unter seiner gewohnten Form.

Weitere Ergebnisse:

Adler 08—Lichtenberg I 6:4; Nowawes 1—Minerva 28 2 6:3 (2:2); Nowawes 2—Minerva 28 2 4:2 (2:1); Schöneberg 1—Volkssport Nk. 1 3:1 (2:0); Eiche-Bohnsdorf—Lichtenberg II 1 4:1 (1:1); Normannia 1—Frohe Stunde 1 1:2 (1:1); Normannia 2—Frohe Stunde 2 4:1 (3:1); Potsdam 1—Staaken 2:3 (2:1); Potsdam 2—Eintracht-Spandau 1:2 (1:0); Freie Scholle—Adler 2 3:5; Adler 08 komb.—Werlsee 2:2; Kugel—Herzfelde 6:6 (4:0).

Jugend: Normannia—ASV Neukölln 0:0; Vorwärts-Wlg. 1—Lichtenberg I 1 0:1; Nowawes—Staaken 2:6 (1:3).

Hockeymannschaften spielten:

Der Freie Hockey Club Spandau siegte gegen den Arbeiter-Sport-Verein Rot-Weiß durch bessere Leistung und verständnisvolleres Zusammenspiel mit 3:2. Der Sport-Verein Moabit konnte wieder mit besserer Spielleistung aufwarten und siegte gegen die Freie Sportvereinigung Pankow mit 7:1 Toren. Auch der Verein für Leibesübungen Ost-ring I stellte seine gute Spielform durch einen 5:1-Sieg über den Athletik-Sport-Club unter Beweis.

Weitere Resultate: VfL. Osting 2 gegen ASV. Rot-Weiß 2 3:0; FTGB. Osten I gegen FTGB. Tempelhof 2 8:1; ASV. Wedding I gegen FSpV. Pankow 2 4:4.

Von den Handballplätzen

In der 1. Klasse der Abteilung A gestaltete sich das Treffen zwischen FTGB-Osten und FTGB-Nordost äußerst flott und sympathisch. Nachdem das Spiel bis zur Pause vollkommen gleichwertig verlief (2:2), kam Nordost nachher besser zur Geltung. Die Angriffe, sowie das Verstehen der einzelnen Spieler verliefen so harmonisch, daß Osten direkt ins Hintertreffen geriet. Ostens Umstellung erwies sich als nachteilig. — Die Begegnung in der Abteilung B verlief zugunsten des Abteilungsführers der FTGB-Süden. Anfänglich klappte es auf beiden Seiten ganz famos. Innerhalb 10 Minuten stand es bereits 3:3. Nach dem Süden das Mittelfeldspiel überstanden hatte und zu neuen Aktionen überging, gab es zur Pause einen 5:3 Vorsprung. Norring erreichte keinen direkten Anschluß mehr, sondern mußte Süden 3 weitere Tore gewähren und sich selbst mit zweien begnügen.

Ueberraschung der 2. Klasse

Gonsenheim erzwingt die Meisterschaft. Wohl selten kommt eine Meisterschaftsentscheidung so überraschend, wie es in der 2. Bezirksklasse des 5. Bezirks im 9. Kreis der Fall in diesem Jahre ist. Oppenheim galt seit langem als der kommende Meister. Ein Punktvorsprung von vier bzw. fünf Punkten ließ kaum noch einen Zweifel an dem Ausgang der Serie aufkommen. Doch es kam anders, als man zu glauben wagte. Oppenheim verlor seinen Punktvorsprung in den Spielen der Nachrunde und der letzte Spieltag sollte zum Entscheidungstage werden. Auch das letzte Spiel verlor Oppenheim in Wiesbaden-Rambach mit 3:1 Toren, während zur gleichen Zeit Gonsenheim, der bisherige Tabellenzweite, sein letztes Spiel gegen Nieder-Olm mit gleichem Resultat gewinnen konnte. Gonsenheim hat damit sich vor Oppenheim geschoben und in letzter Minute Oppenheim um die Meisterschaft gebracht.

Freundschaftsspiele in Mainz.

Die Fußballmannschaft der Freien Turner Mainz hatte sich zum Freundschaftsspiel die 1. Elf von Kreuznach 22 verpflichtet. Obwohl Kreuznach der Tabellenzweite der 1. Klasse ist, konnte Mainz, die in der 2. Klasse spielt, ein ehrenvolles Resultat erzielen. Kreuznach gewann nur knapp 5:4. Die Handballmannschaften von Mainz erzielten nachstehende Ergebnisse: 1. Mannschaft—Oppenheim I 4:1; 2. Mannschaft—Oppenheim I 2:0; Turnerinnen—Oppenheim 2:0.

Sächsische Resultate Fußball

Bezirk Leipzig. Ostsch-Sportclub Ost 4:0, Fußballing-Frischluft Wurz 2:1, Engelsdorf—Proußen 2:1, Bennwitz—Mockau 3:7, Thelma—West 0:3, Paundorf—Wahren 2:3, Vorwärts West—Amateure 4:0, Beucha—Grimma 2:6, Viktoria 06—Nord 5:5, Schönefeld 03—Eintracht 3:0.

Bezirk Dresden. Coswig—Klotzsche 2:5, Löblau—Potschappel 1:2, Radeberg—Eintracht 1:2, Kaditz 09—Meißen 3:1, Sörnwitz—Pieschke 6:3, Kleinnaundorf—DBV. 15 0:4, Cotha—Helios 3:2.

Bezirk Chemnitz. Favorit Chemnitz—Rapid 2:2, Ring—Fortuna 2:6, Pfeil—Helios Barthelsdorf 4:4, Leubsdorf—Borstendorf 6:1, Adorf—Neukirchen 2:2, Eintracht-Sportlust 08 1:2, Glaucha—Wacker Plauen 8:2, Friesen—Lichtenstein 2:2, Bernsdorf 1. E.—Konkordia 4:6, Niederwürschitz—Löhnitz 3:5, Laguna—Stollberg 2:6, Heinitzen—Wacker 2:2, Auerwald 6:1.

Bezirk Mittweida. Ressortsp. Döbeln—DBC. 2:2, Jahn Mittweida—Grüna 1:5, Waldheim—Vorw. Roßwein 3:3.

Bezirk Zwickau. Wielau—Crimmitschau 11:4, Neukirchen—Wilkau 1:2, Oberhöndorf—Zwickau-Süd 0:3, Reichenbach—Rotscha Reichenbach 5:1, Ebersbrunn—Marienthal 5:5, Zwickau-Nord—Planitz 0:3, T. u. SV. Zwickau—Werdau 3:0, Cainsdorf—Reinsdorf 2:2.

Bezirk Erzgebirge. Eintracht Aue—Konkordia Schöneberg 2:1, Eintracht Aue—Fortuna Sachsenfeld 1:3, Löbnitz—Sturm Gornsdorf 1:2, Helios Zwickau—Konkordia Schneeberg 8:2, Ehrenfriedersdorf—Annaberg 11:1, Auerbach 1. E.—Herold 8:1.

Bezirksklasse Osten: TSV-Kaulsdorf—FT- Erker 9:2 (4:1), Athletik Sport Club—FTGB-Lichtenberg 3:0 (2:0), FTGB-Stralau—Eiche Bohnsdorf 8:1 (3:0), VfL-Osting—SC-Rehfeld 7:1 (3:1), FTGB-Stralau 2—TSV-Kaulsdorf 2 1:1 (1:0). — Frauen: Eintracht-Mahlsdorf—FTGB-Osten 0:0, Athletik Sport Club—FTGB-Lichtenberg 0:1, FTGB-Stralau—FTGB-Baumschulenweg 4:0 (0:0).

Gesellschaftsspiele: FT-Erker 2—Sport Club 30 2 2:1 (2:0), Athletik Sport Club 2—ASV-Neukölln 3:4 (2:1), FSV-Schweifsterne 2—FTGB-Mitte 2:2 (2:1). — Jugend: FTGB-Stralau—FTGB-Südost 2:2 (2:2), TSV Kaulsdorf—FTGB-Nordost 3:9 (2:3). — Ruderer und Kanufahrer: FSV-Schweifsterne—FTGB-Ruderbezirk 4:2 (4:1). — Bezirksklasse Norden: Sportverein Moabit—FTGB-Westen 7:3 (5:0). — Bezirksklasse Süden: Frauen: FTGB-Süden—Volkssport Neukölln 1:2 (0:1), ASV-Schöneberg—FT-Wilmersdorf 4:0 (3:0). — Gesellschaftsspiele: ASV-Schöneberg Schwimmer—FTGB-Lankwitz Sport 10:0 (3:0), FTGB-Süden—FSV-Fichte 3 11:5.

SV. Union siegt im Wasserball über SV. Freiheit 3:2 (2:1)

Mit einem überaus knappen Sieg Unions endete dieses Spiel. Freiheit hat in verhältnismäßig kurzer Zeit viel gelernt. Mit großem Eifer von Freiheit gestaltet es das Spiel zeitweise überlegen, schoß aber ziemlich ungenau. Union zeigte sich in der ersten Hälfte taktisch im Vorteil und erzielte auch die beiden ersten Tore. Freiheit kam dann stark auf, gleich aus und erst kurz vor Schluß konnte Union seinen Sieg sicherstellen.

Der Klassenkampf um den Sport

von Kurt Stechert

(Schluß)

Die bürgerliche Sportbewegung steht dem Proletariat — selbst wenn sie wirklich die Unmöglichkeit der Neutralität fertigtbringen würde — dennoch feindlich gegenüber, denn Neutralität wäre im günstigsten Falle Passivität, das Erdulden und damit das Behagen des bestehenden kapitalistischen Zustandes. Sie ist aber, und kann es nicht nicht sein, nicht einmal neutral. Die bürgerliche Sportbewegung ist Klassen Sportbewegung, der sich zwangsläufig gegenüberstellt: die proletarische Klassen Sportbewegung. Das individuelle Rekordstreben — wir verkennen nicht, daß auch andere Strömungen vorhanden sind — bleibt aber dennoch typischer Ausdruck der kapitalistischen Ideologie. Die Konkurrenz, die Sensation und die Reklame, das alles ist so gut bürgerlicher Klassensport, wie die volkstümlichen Übungen und der Kollektivismus in der Leibesübung der Massensport proletarischer Klassensport ist. Schon rein äußerlich erkennen wir den Unterschied dieser beiden Sportbewegungen. Und das ist der Ausdruck ihres inneren Seins.

Da der Sport niemals einen anderen Geist als den aus seiner Zeit heraus bedingten in sich tragen kann, steht er nicht über der Gesellschaft, sondern ist zwangsläufig in ihr verwurzelt. Wenn die Theoretiker der „neutralen Sportbewegung“ ausgerechnet dem Sport „an sich“ und nur ihm einen sittlichen Gehalt zusprechen wollen, so merken sie offenbar dabei gar nicht, daß sie bereits die Sittlichkeit ihrer Zeit und nach ihren Begriffen in den Sport hineingelegt haben. Das hindert sie aber nicht daran, den Arbeitersport mit seinem entsprechend anderen sittlichen Gehalt als „politisierten Pseudosport“ (Giese: Geist im Sport), als ein krankhaftes Gebilde“ nebensächlich und natürlich verächtlich zu betrachten. Hier liegt aber ganz klar ein stark zeitgebundenes und klassenmäßiges Werturteil vor. Es ist geradezu lustig, wie diejenigen, die die Unrichtigkeit der Marxschen Betrachtungsweise täglich zehnmal „beweisen“ (wollen) und Marx im Jahre hundertmal „töten“, in der Tat das Gegenteil dessen tun, nämlich Marx' Methode bestätigen.

Ein großes Ideal sehen die Bourgeoisie-Sporttheoretiker im Sport besonders darum noch, weil er, wie sich einer von vielen in einer „Soziologie des Sportes“ ausdrückt, „klassenverbindende, menschheitsversöhnende Tendenzen hat“. In der Zeit, als zwei Sechstagerennen zugleich stattfanden, schrieb die bürgerliche Presse: Volkseinigung durch Sechstagerennen.

Alle diese Aeußerungen und Bemerkungen stehen im Dienst des Klassenkampfes um den Sport. Das ist ein großes Stück des Klassenkampfes selbst. Darum ist auch die Arbeiter-sportbewegung so notwendig, daß, wenn sie nicht vorhanden wäre, sie gegründet werden müßte. Aus der Eigenart der gesellschaftlichen Lage des Proletariats ergibt sich ein neues, ein noch nie dagewesenes Sportideal, das „proletarische Sportideal“. Der Sport wird erst dann zum sittlichen Ideal, wenn er ein sittliches Ideal hat. Das hat sich der Arbeitersport durch sein Bekenntnis zum Sozialismus gegeben. In dessen Dienst stehend, eine neue Form der Gesellschaft erstrebend, hat der Arbeitersport auch einen anderen Inhalt, was sich in der Art seiner Leibesübungen nach außen zum Ausdruck bringt. Auch seine ganze sportliche Erziehung ist eine andere. Im Vordergrund steht auch bei der Erziehung nicht der Wille des einzelnen zum sportlichen Sieg, sondern der starke Massenwille aller zum weltanschaulichen Sieg. Die Arbeiter-sportler haben mehr als Rekorde, sie haben im Verein mit dem übrigen Proletariat eine Welt zu gewinnen. Und das ist sein tiefster Gegensatz zum bürgerlichen Sport, der eine alte, von der Geschichte gerichtete Welt erhalten hilft.

Hitler schnorrt

Der „Sozialist“ Hitler spricht im Düsseldorfer Industrieklub.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, spricht am 26. Januar der „revolutionäre“ Hitler, der dem Kapitalismus „den Krieg erklärt hat“, abends 6 Uhr, im Parkhotel vor den Kapitalisten. Wahrscheinlich, um sie zum Sozialismus zu bekehren. . . Für die Versammlung werden vom Industrieklub Einladungen verschickt. Ein Thema ist nicht angegeben. Der Einlaß erfolgt nur gegen Vorzeigung des Ausweises, wahrscheinlich, um zu verhindern, daß Proleten hören, was Hitler den Kapitalisten zu erzählen hat. Es soll noch immer Proleten geben, die dem „Sozialisten“ Hitler glauben, daß er, zur Macht gekommen, den Arbeitern helfen wird.

Düsseldorf

Das Volkshaus wird versteigert. Am 12. Januar wurde das Volkshaus in Düsseldorf versteigert. Das höchste Gebot machte die Arbeiterbank. Sie hat auf dem Volkshaus eine Hypothek von 400 000 RM. Die Hypothek der Unionbrauerei in Höhe von 100 000 RM. und der Hirschbrauerei von 44 000 RM. soll ausfallen. Die Brauereien sind mit dieser Lösung nicht einverstanden und haben unter Berufung auf die Notverordnung die Einstellung des Verfahrens beantragt. Das Gericht wird in acht Tagen über den Zuschlag an die Arbeiterbank beschließen. — Das Europahaus in der Graf-Adolf-Straße, Düsseldorfs schönstes und modernstes Kino, wurde dieser Tage ebenfalls zwangsversteigert.

Stillelegungen ohne Ende. Zum 15. Januar kommt die Abteilung Waggonbau bei der Firma Schöndorf, Düsseldorf, vollständig zur Stillelegung. Bei der Firma Klöckner ist die gesamte Belegschaft gekündigt. — Die Demag in Benrath bringt 300 Arbeiter zur Entlassung.

Gütersloh

„Soziale Revolution oder faschistische Barbarei.“ Ueber dieses Thema sprach in öffentlicher Versammlung der SAP Genossin Maria Danner-Herne. Diese Versammlung war von Genossen aus fast allen Lagern der Arbeiterbewegung besucht. Zustimmungswort, die sogar von Reichsbannerleuten gemacht wurden, bewiesen, daß ein großer Teil der Arbeiter in dieser Bewegung nichts von einer „eisernen Front“ mit dem Bürgertum wissen will und daß der Gedanke der Einheitsfront des Proletariats auch hier marschiert. Besonders starken Beifall fand die Aufforderung der Referentin, daß sich die Arbeiter über die Köpfe der Führer hinweg zu einer gemeinsamen Front gegen den Faschismus zusammenschließen sollten. In der Diskussion sprachen ein Syndikalist, ein Kommunist und ein Vertreter der Friedensgesellschaft. Während die Ausführungen des Syndikalisten und des Friedensgesellschaftlers auf hohem Niveau standen, mußte sich der Kommunist von seinen eigenen Genossen sagen lassen, daß er besser geschwiegen hätte. So erklärten dann auch KPD-Genossen, daß sie sich nicht mehr an die unsinnigen Parolen ihrer Führer halten werden.

Osnabrück

Arbeitsdienst ist Faschismus. Am Sonnabend sprach der Oldenburger Jugendgenosse Erwin Fritzsche im Saale bei Stiegemeier in einer glänzenden verlaufenden Versammlung. Der Osnabrücker SJV und die SAP hatten alle Jugendorganisationen zu einer Diskussion über die für das Jungproletariat brennende Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes eingeladen. Genosse Fritzsche führte aus, daß eingehende Beschäftigung mit dem aktuellen Problem des freiwilligen Arbeitsdienstes vonnöten sei. Er zeigte auf, daß der Kapitalismus in dieser Dauerkrise des Systems notwendigerweise den Arbeitsdienst durchführen müsse, um seine Existenz zu sichern. Er wies nach, daß überall da Arbeitsdienstlager eingerichtet würden, wo freie Arbeitsplätze seien, und wo die Arbeiterschaft am hartnäckigsten gegen die kapitalistischen Lohnabbaubestrebungen Widerstand leistete. Da auch dort Arbeitsdienstlager eingerichtet werden, wo die Arbeiterschaft in Arbeitskämpfen ihren Tarif zu verteidigen drohe, so werden die in den Arbeitsdienstlagern beschäftigten Proleten als Streikbrecher für ihre Klassen-genossen mißbraucht. Es stellt sich also heraus, daß der Arbeitsdienst das beste Mittel des Kapitalismus ist zur Sicherung und Vergrößerung seines Profits. Man kann nicht den Faschismus bekämpfen, ohne den Arbeitsdienst zu bekämpfen, denn beide gehören zusammen. Genosse Fritzsche zeigte dann in überzeugender Weise, wie die SPD durch ihre Beteiligung an der Einrichtung von Arbeitsdienstlagern die Klassenfront des kämpfenden Proletariats gespalten habe, und wie sich die SPD auf die Seite unserer Gegner geschlagen habe.

Durch die sachlichen Ausführungen des Referenten gelang eine gute Auseinandersetzung mit Genossen Wille vom Kommunistischen Jugendverband, der im wesentlichen mit unsrer Meinung übereinstimmte, aber dann die RGO-Politik in der Frage der Bekämpfung des Arbeitsdienstes verteidigte. Er meinte, die Gewerkschaften hätten, wie der Genosse Fritzsche ja auch mit Recht ausge-

führt hätte, sich für den Arbeitsdienst eingesetzt, ein Kampf innerhalb der Gewerkschaften sei aussichtslos. Genosse Fritzsche konnte aber den Genossen von der KPD beweisen, daß die RGO-Politik eine Isolierung der KPD herbeiführen müsse und auch tatsächlich herbeiführe. Zweck habe nur eine Revolutionierung der Gewerkschaften und eine Aufklärung und Aktivierung der in ihnen befindlichen Genossen, um sie zusammen mit den proletarischen Parteien zu gemeinsamen Aktionen zu führen. Die kommunistischen Genossen gaben das wohl zu, aber glaubten doch noch ihre Politik verteidigen zu müssen. Wir können es als einen sehr erfreulichen Fortschritt ansehen, daß wir in sachlicher Weise mit den kommunistischen Genossen diskutieren konnten.

Köln

Die Funktionärversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Sektion Gummi und Chemie, befaßte sich mit dem durch den Schlichter auf Grund der 4. Notverordnung diktierten 15proz.

Politische Argumente der SPD

„Da muß an der Leitung doch was verborgen sein — Fleberdelirium im Sapistenkloster — der Plemplem der Spaltungsgenies — kaltes Wasser her, Eis her und im Beutel getan, damit es den Führerköpfen auf den Gehirndeckel gelegt werden kann — Konfusionsräte — Blase — stänkert in allen Organisationen herum — Jammerlappen — armes Hirn — verlogenes Gewinne — hoffnungsloser Zustand — Verbrecher.“

Ihr fragt erstaunt, was dieses Sammelurium von Schimpfworten in einer sozialistischen Zeitung zu suchen hat?

Zu unserer Entschuldigung muß gesagt werden, daß diese Schimpfwortsammlung

kein sozialistisches, sondern einer sozialdemokratischen Zeitung, der Duisburger „Vost“, entnommen ist. Dort findet ihr sie in einem kurzen Kommentar zu unserem an alle Arbeiterorganisationen gerichteten Brief zur Errichtung der Einheitsfront. Versehentlich ist unser Schreiben — in der verkehrten Annahme, die sozialdemokratische Arbeiterschaft wurde von ehrlichen und verantwortungsbewußten Arbeitervertretern geführt — auch an die SPD geschickt worden. Die SPD-Arbeiter mögen selbst darauf ihren Führern die Quittung erteilen. Wo die politischen Begriffe fehlen, da stellt zur rechten Zeit die Schimpferei sich ein.

keiner sozialistischen, sondern einer sozialdemokratischen Zeitung, der Duisburger „Vost“, entnommen ist. Dort findet ihr sie in einem kurzen Kommentar zu unserem an alle Arbeiterorganisationen gerichteten Brief zur Errichtung der Einheitsfront. Versehentlich ist unser Schreiben — in der verkehrten Annahme, die sozialdemokratische Arbeiterschaft wurde von ehrlichen und verantwortungsbewußten Arbeitervertretern geführt — auch an die SPD geschickt worden. Die SPD-Arbeiter mögen selbst darauf ihren Führern die Quittung erteilen. Wo die politischen Begriffe fehlen, da stellt zur rechten Zeit die Schimpferei sich ein.

Wo die politischen Begriffe fehlen, da stellt zur rechten Zeit die Schimpferei sich ein.

Lohnabbau. Nachdem Geschäftsleiter Hartwig kurz den Gang der Verhandlungen geschildert hatte, setzte die Diskussion ein. Genossen, die noch der SPD angehören, übten die schärfste Kritik an der Versackungspolitik, die die Gewerkschaften Arm in Arm mit der SPD machen. Die Genossen forderten, daß die Gewerkschaften sich unbedingt von der SPD lösen müßten. Aber daß man den ADGB zur Abwendung von der SPD nicht nur durch eine scharfe Diskussionsrede zwingt, müßten auch die Genossen, die noch in der SPD sind, erkennen. Solange sie Mitglied dieser Partei sind, unterstützen sie ja gerade den auch von ihnen als falsch erkannten Kurs. Es kann für sie nur eine Entscheidung geben: Mitglied zu werden bei der SAP.

Mainz

Genosse Quessel spricht über Sowjet-Rußland. Wie rege und aktiv das Leben in der Mainzer Ortsgruppe der SAP ist, zeigte erneut der starke Besuch der letzten Mitgliederversammlung am vergangenen Donnerstag. Aber auch inhaltlich war die Versammlung ein großer Erfolg für die Ortsgruppe. Genosse Quessel sprach über Sowjet-Rußland und unsere Stellung zu dem ersten Arbeiterstaat der Welt in vorbildlicher Weise. Wie ganz anders war sein Referat als diejenigen, die man schon so oft von kommunistischen Rednern gehört hatte. Quessel, ein Kenner des Rußlands der zaristischen Ära und des sozialistischen Aufbaus wie kein anderer, der über zehn Jahre in Rußland gelebt hat und dabei Menschen und Sitten des Millionenreiches kennengelernt hat, schilderte einleitend die soziale Lage des russischen Proletariats und der Bauern des vorrevolutionären Rußlands, um dann überzuleiten zu dem grandiosen Aufbauwerk der russischen sozialistischen Arbeiterschaft. Genosse Quessel geißelte die ablehnende Haltung der SPD-Presse gegenüber Rußland, die dadurch leider in den Köpfen weiter Kreise der Arbeiterschaft ein vollstän-

stattfindende weitere Mitgliederversammlung wird zu aktuellen Tagesfragen Stellung nehmen.

Dessau

Eiserne Front — eine Frühgeburt. In der Ortsausschußsitzung vom 14. Januar erklärte der Schriftleiter Gerhard Seeger vom Volksblatt, daß die Eisernen Front in Dessau eine Frühgeburt sei, hervorgerufen durch den „Nazi-Spektakel“ im Rathaus. Wir wundern uns über das Eingeständnis nicht, nur sind wir der Meinung, daß sie keine Frühgeburt, sondern eine Mißgeburt ist. Dies sollten alle Einsichtigen frühzeitig erkennen und die Kirche vor der Taufe verlassen.

Zerbst

Polizei prügelt Frauen! Seit einigen Tagen ging in Zerbst das Gerücht um, daß die Nazis am Donnerstag mit Musik ins Rathaus einzögen. So waren am Donnerstag abend viele Neugierige auf dem Marktplatz, um ihre neugewählten Stadtväter ins Rathaus einzuziehen zu sehen. Als die Vertreter der Nazis geschlossen anrückten, wurden sie mit „Hitler verreckel“ begrüßt, während auf die Vertreter der KPD „Rot Front“-Rufe ausgebracht wurden. Während oben die Stadtväter tagten, wurde unten die Internationale gesungen. Bei der letzten Strophe erschien die Polizei und räumte den Markt, wobei sie ganz rücksichtslos vorging. Nirgends wurde Widerstand geleistet. Der Polizei ging es nicht schnell genug, und so schlug sie mit dem Gummiknüppel darzwischen. Es wurden Frauen geprügelt, die Kinderwagen schoben und so nicht schnell genug fort konnten. Harmlose alte Leute bekamen den Gummiknüppel zu spüren. Ein junger SAP-Genosse, der sah, daß sein alter Vater ohne Grund geprügelt wurde und sich darüber beschwerte,

wurde gleich von fünf Schutzleuten überfallen und zu Boden geprügelt. — Wie wir noch erfahren konnten, haben die Nazis sämtliche Aemter im Gemeinderat besetzt. SPD und KPD sollen in keinem Ausschuß vertreten sein. Arbeitslose, nun werdet ihr es gut haben.

Stralsund

Reichsbannermethoden. Unsere Aktivität scheint dem hiesigen Reichsbannergeneral auf die Nerven gefallen zu sein. Mit viel Wortgeschwall hat man die Jahresversammlung abgehalten. Unser Einbruch in die Reichsbannerjugend läßt den Herrschaften keine Ruhe. Mit den kleinlichsten Mitteln arbeitet man, um weitere Uebertritte der Jugendlichen zu verhindern. Ein Jugendgenosse kam aus voller Ueberzeugung zu uns und betätigte sich auch sofort werbend. Aber seine bisherigen „Kameraden“ pöbelten ständig. „Heil Seydewitz!“ brüllten sie über die Straße, wenn sie dem Genossen begegneten. Der Zeitungsstand, wo unsere Literatur vertrieben wird, ist ihnen ein Dorn im Auge, und wenn hier unsere Genossen zusammentreffen, schreien sie „Rosenfeld-Zentrale“. Nur immer weiter so, für uns ist die Reklame billig und gut! Als diese Mittel nicht zogen, begab sich der Reichsbannergeneral selbst in die Wohnung des Vaters unseres Genossen, um dort zu erwirken, daß er aus unserer Partei ausscheiden sollte. Der Vater, wohl auch noch Anhänger der „eisernen Front“, war natürlich empört, daß der Sohn eine bessere Meinung über die Lage der Arbeiterschaft hatte, und forderte den Austritt bei uns. Der Erfolg? Der junge Genosse trug ständig ein rotes Band im Knopfloch. Aber der Sozialdemokrat und Reichsbannergeneral Birnbaum erklärte, dieses Band dürfe er nicht tragen, denn es sei ein politisches (?) Abzeichen. Auch im Heim der Arbeiterschaft (Gewerkschaftshaus) wurden dem Genossen wegen des roten Bandes Vorhaltungen gemacht. Wir sind also schon so weit, daß das Tragen eines roten Bandes für Sozialdemokraten nicht mehr zeitgemäß ist. Aber wir sind erst im Anfang unserer Arbeit, und wir werden sie zur stärksten Aktivität steigern. Unser erstes öffentliches Auftreten wird auch der Stralsunder Arbeiterschaft zeigen, daß wir mit der „eisernen Front“ nichts zu tun haben, sondern uns die Schaffung der proletarischen Einheitsfront zum Ziel gesetzt haben.

Technische Nothilfe und SPD-Presse. Die Arbeiterschaft steht im schärfsten Gegensatz zur Technischen Nothilfe, der Streikbrechergarde des Kapitals. Aber die hiesige SPD-Presse scheint anderer Auffassung zu sein, denn sie öffnet dieser berüchtigten Garde ihre Spalten, damit sie ja nicht in Vergessenheit gerät. Die Arbeiter, welche noch Leser dieser Zeitung sind, sollten einmal überlegen, ob sie das noch weiter verantworten können. Lest eine wirkliche sozialistische Zeitung! Das ist für jeden klassenbewußten Arbeiter die „SAZ“, welche täglich am Zeitungsverkaufstand Heiligegeiststr. 22 zu erhalten ist.

Versammlung des Gesamtverbandes. In der vorletzten Versammlung machte sich bereits eine sehr starke Opposition gegen die falsche Gewerkschaftspolitik bemerkbar. Diese hat sich in der letzten Versammlung bedeutend verstärkt. Gauleiter Neumann, welcher die Notverordnungs politik der SPD zu verteidigen hatte, geriet dabei aufs Glatteis. Es wurde sehr scharf gegen diese falsche Politik polemisiert und keine „eisernen“, sondern die rote Einheitsfront gefordert.

Treptow

Der Ortsausschuß des ADGB beschäftigte sich in der letzten Versammlung mit den Auswirkungen der Notverordnung. Als Referent war dazu Arbeitersekretär Kirchmann, SPD-Landtagsabgeordneter aus Stralsund, erschienen, um an Hand von Beispielen die verschiedensten Eingriffe der Notverordnung in die Sozialversicherung zu erläutern. Die Kartelldelegierten scheinen auch noch nicht begriffen zu haben, wie hart diese Eingriffe für die Masse sind, denn sonst wäre es unmöglich, ohne besondere Maßnahmen diesen wichtigen Punkt zu verlassen. Aber die SPD-Führer bieten ihren ganze Redefuß auf, um den Arbeitern diese durch ihre Schuld eingetretenen Verschlechterungen noch möglichst schmackhaft zu machen, damit die Arbeiterschaft immer noch an ihre Ehrlichkeit glaubt. Die kommunistische Kritik scheint besonders im Kartell unangenehm zu sein. Aber lange lassen sich die Proleten diese Politik des Ausweichens nicht mehr bieten, denn sie merken täglich am eigenen Leibe, daß diese Politik in den Abgrund führen muß.

Organisationsnachrichten

SAP Düsseldorf: Die Versammlung findet nicht Dienstag, sondern Mittwoch, 26. Januar, im Lokal Bölling, Ellerstraße 167 statt. Referent: Gen. Katzenstein. Thema: „Unser Programm“. — Distrikt Lierenfeld: Dienstag, 19. Januar, in der Katabachquelle, Schlesische Straße, Versammlung mit Sympathisierenden. Referent: Gen. Stedeli, Chemnitz. Thema: „Kampf gegen den Faschismus“. — Distrikt Bilk: Mitgliederversammlung, 20. Januar, bei Köster, Gladbacher Str., 20 Uhr. Referent: Zöllig. Thema: „Wirtschaftliche und politische Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit“. — Distrikt Filigran: Distriktversammlung, 20. Januar, bei Dabgen, Lünestr. Referent: Gen. Reinstädter. Thema: „SAP und freie Gewerkschaften“. 20 Uhr. — Distrikt Gorteborn: Mittwoch, 20. Januar, Mitgliederversammlung b. Hartmann, Ferdinand-Heystr. 3, 20 Uhr. Genosse Wadler spricht über die politische Lage. — Distrikt Oberkassel: Mittwoch, 20. Januar, 20 Uhr, Distriktversammlung Referent: Genossin Stedeli, Chemnitz. Thema und Lokal werden nach bekanntgegeben.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugpreis: monatlich . . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
 wöchentlich . . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
 bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungsverlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Radio-Kriegsreklame

Am Sonntag vormittag veranstaltete der Reichskriegsverband „Kyffhäuser“ im Berliner Sportplatz eine militaristische Kundgebung unter der Bezeichnung „Reichsgründungsfeier“.

Sämtliche Militaristen waren vertreten: Reichswehrminister Groener, General Hasse für die Heeresleitung, Konteradmiral Heusinger v. Waldegg für die Marine, Generalmajor v. Witzendorf als Kommandant von Berlin u. a., für das wilhelminische Heer waren Marschall v. Mackensen u. a. erschienen. Die mit dem Militär eng verbundene Kirche war durch Generalsuperintendent Karow vertreten.

Nach dem Fahnenmarsch unter Musikbegleitung der Hauptkriegerkapelle (man unterscheidet zwischen Haupt-, Neben-, Kreis- und Heimkrieger) verlas der Redner, Artilleriegeneral a. D. Horn, ein Schreiben v. Hindenburgs, in dem der Reichspräsident bedauert, daß er nicht auch zu der erhabenden Feier erscheinen könne.

Die Ansprache war eine einzige promilitaristische Reklame für die „unübertreffliche deutsche Leistung im Weltkrieg“ und für die Schmach, heute „entwaffnet“ zu sein. „Deutschland“ fordert wieder Rüstungsfreiheit — war die Konsequenz dieser reaktionären Tirade.

Die ganze Veranstaltung wurde vom Rundfunk von Anfang bis Ende aufgenommen und über alle deutschen Sender verbreitet! Radio im Dienst deutschnationaler Kriegsreklame!



Arbeiterhörer prüfen:

Dienstag (Königswusterhausen und Norddeutsche Sender): „Kann sich Deutschland wirtschaftlich unabhängig machen?“ Gespräch zwischen Reg.-Rat Quaat und Prof. Bonn. 7.30 Uhr.

Mittwoch (Königswusterhausen), 6.30 Uhr: „Giftgase und Gasschutz.“ Vortrag Dr. Otto Rießer. — 7.30 Uhr: „Weltkrise und Sozialpolitik.“ Vortrag Minister Stegerwald. — (Schlesiensender): 10.25 Uhr: „Die Frau und der Kampfsport.“ Zwiegespräch: Lia Radke und Adolf Garnier. — (Wien): 6.35 Uhr: „Wir Jungen wollen vorwärts!“ Zwei junge Arbeiter sprechen.

Donnerstag (Königswusterhausen), 3 Uhr 45 Min.: „Die Bedeutung der Freizeit für die Frau.“ — 7.27 Uhr: „Bilder aus dem heutigen Rußland.“ — 7.50 Uhr: „Ohne Arbeit.“ Hörfolge von Otto Berg. — (Westdeutschlandsender): 7.15 Uhr: „Die katholische Jugend in Deutschland.“ Bericht mit Schallplatten. (Mitglieder des SJV hören ab.)

Freitag (Königswusterhausen), 7.30 Uhr: Arbeiterstunde. „Das Kind gestaltet seine Welt.“ Von Erika Dornburg. — 8.00 Uhr (auch Ostmarkensender): „Wörterbuch in Amerika spricht.“ Uebertragung aus Washington. — (Norddeutschlandsender), 6.35 Uhr: „Besteht eine Verpflichtung zur Streikarbeit?“ Ein Dreigespräch. — (Wien): 6.30 Uhr: „Fünf Jahre Arbeiterfußball in Oesterreich.“

Achtung, Arbeiterhörer! Wir veröffentlichen jeweils am ersten Tag der Woche eine Folge von Hinweisen auf politisch, wirtschaftlich, kulturell oder organisatorisch wichtige Vorträge oder Hörfolgen. Wir fordern alle Arbeiterhörer auf, kritisch zu diesen Rundfunkveranstaltungen Stellung zu nehmen. Sendet Berichte darüber! Der „SAZ“ fehlt zwar der Platz zur Veröffentlichung, doch bilden sie für uns wertvollstes Material.

Werbt für die SAZ

Volkstheater
Theater a. d. Nordst.
D. 1. Norden 2046
Dienstag, 8 Uhr:
Die Großherzogin
von Garolstein
Mittwoch geschl.

Rose-Theater
Lokal Frankfurter Str. 132
Tel.: 17 Waidel 3472
Dienstag, 8 1/2 Uhr:
Mine Frau
von Formet

Keine gegnerische Versammlung
vor der nicht eine Anzahl unserer Broschürenverkäufer stehen

Kritik an den Programmen der deutschen Sozialdemokratie
Übt Anna Siemsen im 4. Buch der „Roten Bücher“ der „Marxistischen Büchergemeinde“.

Es ist ein Buch das jeden angeht!

Bestellt sofort das 4. Buch der „Marxistischen Büchergemeinde“ von **Anna Siemsen**
„Auf dem Wege zum Sozialismus.“
Preis 4.75, 1. Mitglieder der MDG 3.— RM
Freie Verlags-Gesellschaft m. b. H.
Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

Die Plädoyers beginnen

Nach 14 Wochen Calmette-Prezeß

(Eigener Bericht der SAZ.)

H. F. Lübeck, 18. Januar.

Endlich ist die Beweisaufnahme im Lübecker Impfprozeß abgeschlossen. Nach 14 Wochen. In Lübeck erzählt man sich einen Scherz, nach dem nun eine Calmette-Steuer eingeführt werden solle. Billig ist ein solcher Riesenprozeß sicher nicht. Und doch kommt es auf eines an: wird wirklich etwas Gescheites aus der ganzen Sache herausbraten?

In der 14. Woche fanden nur zwei Sitzungen statt. Am Dienstag wurde das Gutachten Prof. Friedbergers verlesen, der einen Rückschlag des Impfstoffes in die Virulenz annimmt. Am Donnerstag wurden die letzten Beweisanträge der Nebenkläger verhandelt, zumeist aber abgelehnt. Erstens wurde klar, daß die Angeklagten die Literatur Calmettes gehabt haben, in der er ausdrücklich ein besonderes Laboratorium und besondere Instrumente für die Herstellung des B. C. G. fordert. Prof. Guérin hat in einer Zeitschrift außerdem gefordert, daß die Fortpflanzung nur auf bestimmten Nährböden in Frage käme. In Lübeck wurde das Mittel in einem vollkommen ungeeigneten Laboratorium, neben menschlichen Tuberkelstämmen, und auf anderem Nährboden als vorgeschrieben, her-

gestellt. Zweitens ergab die Verhandlung, daß Prof. Klotz, der Leiter des Kinderhospitals, gewußt hat, daß alle Kinder mit B. C. G. geimpft werden sollten. Er hat früher immer gesagt, er habe gemeint, nur die Kinder aus tuberkulösem Milieu sollten geimpft werden.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme? Ungeheuer viel Belastendes gegen die Lübecker Aerzte. Die 75 toten und die doppelte Zahl der geschädigten Kinder klagen an. Die Welt sieht auf diese Aerzte-Tragödie. Ein Chauffeur, der fahrlässig Menschenleben zerstört, wird rücksichtslos verurteilt. Niemand findet etwas Unrechtes dabei. Obgleich dieser Mann vielleicht aus der Hetze und Abgespanntheit seines Berufes verstanden werden muß. Wir haben auch hier einen Fall der fahrlässigen Tötung. (Dr. Altstadt ist nun übrigens auch der vorsätzlichen Körperverletzung angeklagt.) Die Aerzte werden angesichts der weiten Folgen ihrer Fahrlässigkeit nicht darauf rechnen können, daß wir um besondere Nachsicht für sie bitten.

Aber warten wir ab! Der Oberstaatsanwalt begann am Montag seine Anklage, der zweite Staatsanwalt folgt ihm, dann die Nebenkläger, die Vertreter der Elternschaft.

Hitler der Schwärze



Im Stennes-Prozeß wollte Hitler sogar als Angeklagter einen seiner beliebten Hakenkreuz-idee schwören, um nicht aus der Übung zu kommen

Geüppe

jüngerer Schauspieler

„Die Mutter“ (Komödienhaus Berlin)

Bert Brecht und Günther Weisenborn haben Gorkis erschütternden, Gefühl und Gewissen mitreibenden Roman in ein kühles, an das Denken appellierendes Schauspiel umgewandelt. Das ist kein Vorwurf — im Gegenteil: im Zeitalter der Spekulation auf primitivsten Instinkte ist es sogar ein Verdienst, die Idee des Sozialismus in ihrer letzten und reinsten Nüchternheit vor die Massen zu stellen. Das Stück will nicht begeistern, sondern überzeugen. Und das gelingt. Die dumpfe, unpolitische Arbeitermutter Pelagea Wassowa, die — bei Gorki aus Liebe zu ihrem Sohn — hier aus eigener Einsicht zur revolutionären Gehilfin der Streikenden und schließlich zur Propagandistin des Sozialismus, zur Trägerin der roten Fahne wird, steht als Symbol der Masse, die zu denken beginnt. Zwei Kraftmomente des Sozialismus stellt das Stück bewußt heraus: die Schlichtheit und Klarheit seiner Lehre und die Unentrinnbarkeit seiner Stärke für alle, die ihn einmal begriffen.

Aus dem Kollektiv muß man — auf die Gefahr hin, seine Idee zu verletzen — Helene Weigel, die Gestalterin der Mutter hervorheben. Anfangs ein klein wenig zu überlegen, nicht ganz primitiv genug, wird sie zur übertragenden Gestalt des Abends in ihrer klugen Einfachheit, unbeirrbarer und überlegenen List, starken Ueberzeugtheit. Hanns Eislers unaufdringliche Musik unterstreicht die lehrhafte Wirkung des Stücks, seine Arbeiterchansons werden von Ernst Busch eindrucksvoll vorgetragen.

Der Beifall ist weniger stark als das Stück verdient. Kein schlechtes Zeichen: seine Wirkung ist weniger unmittelbar als nachhaltend, wahrscheinlich weil Ausstattung und Inszenierung bewußt auf alle Effekthascherei verzichtet und sich zu eindringlicher Klarheit und Einfachheit durchgerungen haben. Ein Stück und eine Aufführung, zu denen man eifreut ja sagen kann.

Organisationsnachrichten

SAP
Bezirksverband Berlin: Donnerstag, 21. Januar, 20 Uhr, erweiterte Bezirksvorstandssitzung im Lokal Schulz, Elisabethstr. 30, auf Grund unseres Rundschreibens vom 12. Januar. Außerordentlich wichtige Tagesordnung.
Ortsgruppe Neukölln: M.-V. Mittwoch, 28. 1., im Lokal Lichtenstein, Bergstr. 144. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Pflichtveranstaltung.

Ortsgruppe Friedrichshagen: M.-V. Mittwoch, 20. 1., im Frankfurter Hof, Frankfurter Allee 313. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Ortsgruppe Treptow: Mittwoch, 20. 1., 20 Uhr, M.-V. bei Bela, Niederschnewede, Berliner Str. 26. Wichtige Tagesordnung. Neuwahlen.
Ortsgruppe Pankow-Niederschönhausen: M.-V. Mittwoch, 20. 1., 20 Uhr, bei Lehmann, Mühlentstr. 38, Ecke Maximilianstraße. Es spricht Gen. Fiege über 13 Jahre Volksstaat.
Ortsgruppe Wedding: Dienstag, 19. 1., 20 Uhr, Bildungskursus der Gen. Dora Fabian: „Die Theorie der sozialen Revolution“ im Lokal Lötschert, Sparrstr. 3, Ecke Burgdorfstraße.
Ortsgruppe Lichtenberg: M.-V. 19. 1., 19 1/2 Uhr, im Restaurant „Treffpunkt“, Boxhagener Straße 62, Ecke Neue Bahnhofsstraße.
Ortsgruppe Falkenberg-Bohnsdorf: M.-V. Dienstag, 19. 1., 19 1/2 Uhr, im Gemeinschaftshaus, Falkenberg (Guthof). Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Ortsgruppe Steglitz: Mitgliederversammlung, Dienstag, 19. Jan., 20 Uhr, im Lokal Wernicke, Steglitz, Berliner, Ecke Egestraße. Referent: Gen. Frit: Rück. Thema: „Die politische Lage und die nächsten Aufgaben der SAP“. Eingeführte Gäste willkommen.
Bezirksverband Berlin: Der Referentenkursus, Dienstag, 19. 1., fällt aus.
SAP-Bildungskurs: Übungsstunde jeden Donnerstag, 20 Uhr, in der Wühlklausur, Wühlklausurstr. 36. Musikkundige Genossen und Sympathisierende willkommen.
Achtung! Sozialbeamte und Fürsorger! Parteigenossen und Sympathisierende geben sofort ihre Anschrift an das Sekretariat, Prenzlauer Allee 34.
Die Mitgliederkarten der Genossen Max Schönwetter, Berlin-Brick, Schallhausener Str. 17, sind verlorengegangen und hiermit gesperrt. — Der Funktionärsausweis Nr. 9, ausgestellt auf den Namen Franz Mudrack, Zionskirchstr. 45, ist verlorengegangen und wird hiermit gesperrt.
Versammlung aller gewerkschaftlich organisierten SAP-Mitglieder Donnerstag, 21. Januar, 19 1/2 Uhr, in dem Berliner-Festsaal, Schönhauser Allee 28. Tagesordnung: 1. Report der Gen. Wackerle über „Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften“. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Parteibuches und des Gewerkschaftsbuches. Unkostenbeitrag 20 Pfg. Erwerbslose 10 Pfg.

SJV

Heute, Dienstag, 19. Januar, 19.30 Uhr

Alle Genossinnen und Genossen können mit Ausweis (Mitgliedsbuch) für 50 Pfg. die Vorstellungen im „Elysium“, Danziger Ecke Prenzlauer Allee, besuchen. Der Hauptmann von Köpenick.
Balkan „Hugo Haase“: Heim, Prenzlauer Allee 34. — „Imperialistische Aufrüstung und proletarische Wehrhaftigkeit.“ Ref.: Gen. Jacob.
Charlottenburg „Karl Liebknecht“: Heim, Kaiserin-Augusta-Allee 97 b. Tagespolitik.
Friedrichshagen: Mittwochszusammenkunft fällt aus. Alle Genossen besuchen die Mitgliederversammlung im Frankfurter Hof, Frankfurter Allee 313.
Helmholtzplatz „August Bebel“: Heim, Preussener Allee 34. — „Imperialistische Aufrüstung und proletarische Wehrhaftigkeit.“ Ref.: Gen. Jacob.
Lichtenberg: Heute Mitgliederversammlung der Partei, Restaurant „Zum Treffpunkt“, Boxhagener Str. 62.
Mitte „Rote Pioniere“: Heim, Elisabethstr. 19. Luxemburg-Liebknecht.
Mariendorf „Rote Pioniere“: Heim, Mariefelds am Bf. Tagespolitik.
Neukölln I: Heim, Mahlower Str. Tagespolitik.
Neukölln II: Heim, Mahlower Str. Arbeitsgemeinschaft.
Neukölln III: Heim, Schule, Herzbergplatz. Arbeitsgemeinschaft.
Neukölln IV: Heim, Schule, Chausseestr. 137. Für oder gegen den Völkerbund.
Pankow „Erste Reihe“: Heim, Kissingenstr. Diskussionsabend.
Stralau „Friedrich Engels“: Heim, Goßlerstr. 61. Politische Tagesfragen.
Schönhauser Vorstadt „Paul Levi“: Heim, Gleimstr. 35. Materialistische Geschichtsauffassung.
Schöneberg-Friedenau: Heim, Hauptstr. Einführung in den Marxismus.
Süd-Ost „Jean Jaurès“: Heim, Absti, Skalitzer Str. 6. — Aussprache über Sowjetrußland.
Tempelhofer „Junge Kämpfer“: Heim, Götzstr., Lyzeum. Arbeiter-Turn- und Sportbund Rote Sporteinheit.
Wärter Platz „Matteotti“: Heim, Reihe, Spitzer Str. 36. Tagespolitik.
Westen „Lenin“: Heim, Genthiner Str. 17. Rüstungsabend.
Westend: Heim, Sportplatz. Tagespolitik.
Weißensee „Karl Marx“: Lokal Bohacek, Mirbachplatz. Politische Satire.

Mitteilungen der BL
Arbeitslosenrat Groß-Berlin: Morgen, Heim, Prenzlauer Allee 34. Thema: „Klassenjustiz“. Ref.: Gen. Rosenfeld. Alle Arbeitslosen müssen erscheinen.
Abrechnung: Bis morgen, Mittwoch, müssen die Karten unserer „LL-Gedenkstunde“ und die „Pioniere“ abgerechnet werden!
Februar-Programme einsenden!
Die Roten Falken
Schönhauser Viertel „Paul Levi“: Heim, Sonnenburger Straße 20.
Mitte „Rote Pioniere“: Heim, Elisabethkirchstr. 19.
Baltzplatz „Matteotti“: Heim, Tiliser Str. 45.
Stralau „Rote Falken“: Heim, Goßlerstr. 61.
Deutsche Friedensgesellschaft, Bezirksgruppe Südwest: 19. Januar, 20.15 Uhr. Cafe am Stadtpark, Schöneberg. Am Park Ecke Innsbrucker Str.: Dr. Kleinsib: Politische Illusionen und Realitäten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schabert, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungsverlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtliche in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.
„SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2004.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2005.
Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: L 1 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siebel Zeitungsverlagsges.“ m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Volkstheater
Theater a. d. Nordst.
D. 1. Norden 2046
Dienstag, 8 Uhr:
Die Großherzogin
von Garolstein
Mittwoch geschl.

Rose-Theater
Lokal Frankfurter Str. 132
Tel.: 17 Waidel 3472
Dienstag, 8 1/2 Uhr:
Mine Frau
von Formet

Keine gegnerische Versammlung
vor der nicht eine Anzahl unserer Broschürenverkäufer stehen

Anzeigen-Werber
gesucht für Zusammenstellung von Bezugsquellenverzeichnissen einer Tageszeitung.
Höchste Provisionen, sofort bares Geld!
Angebote sind zu richten unter „Postlagerkarte Nr. 75“ Berlin SW 48

Tüchtiger Chauffeur
mit sämtl. Führerscheinen sucht per sofort Stellung. Sicherer In- und Auslandsfahrer, gewissenhafter Wagenpfleger (Schlosser und Elektriker). Unbestraft, absolut ehrlich, fleißig und pünktlich. Angebote unter „Chauffeur“ an die Siebel-Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16

Breslau
Schauspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Das Brautpaar
von Schubert
Karlrich Pacher
von der Wiener
Volkoper
und 4. anderer
Wiener Gärten

Beachtet unsere Inserate!
Stärkt den Pressefonds

Mein liebes Kind!
Im neuen Jahr kaufst Du nur noch **Edeka-Roggenbrot** denn nicht der Preis macht es, sondern die Qualität. Das bekommst Du **NUR** im Edeka-Geschäft

SAP Der tägliche Vormarsch

Aus Zwickau wird gemeldet, daß der SJV heute stärker ist als die SAJ vor der Spaltung.

In Schkeuditz hat sich die Mitgliederzahl der Ortsgruppe seit der Gründung verdoppelt, auch der SJV hat stark zugenommen.

700 Personen waren in Peine in der Versammlung des Genossen Seydewitz anwesend. Starker Beifall bewies, daß auch im Hannoverschen, in der Hochburg des Revisionismus, die SAP günstigen Boden findet.

Zur Wahl der Parteitags-Delegierten

Die Zahl der Delegierten, die den einzelnen Bezirken zusteht, wird den Bezirken vom Parteivorstand Ende Januar mitgeteilt. Zu wählen sind im ganzen Reich 200 Delegierte. Die Verteilung nimmt der Parteivorstand vor nach der im Bezirksberichtsbogen dem Parteivorstand übermittelten Parteimitgliederzahl des Bezirks und zwar nach der Zahl der Parteimitglieder, für die Beiträge an den Parteivorstand abgeführt werden. Wir bitten das besonders zu berücksichtigen!

Ein Amt und keine Meinung

Pflichtbegriff sozialdemokratischer Staatsbeamter

Wir haben seinerzeit anlässlich des Beleidigungsprozesses, den der Pressechef der Reichsregierung Zechlin angestrengt hatte, auf den seltsamen Pflichtbegriff eines Sozialdemokraten hingewiesen, der unter Eid ausging, er habe sich die größte Mühe gegeben, die Angriffe der deutschen Linkspresse auf die faschistische Regierung Italiens zu mildern. Das konnte immerhin ein Einzelfall sein. Daß dem nicht so ist, daß diese Auffassung vielmehr die höchst offizielle Parteibilligung findet, erfahren wir aus der letzten Nummer des „Freien Wort“, in der Ernst Heilmann Zechlin belobt, weil er, wie sich das für einen Sozialdemokraten gehört, seine „Amtspflichten unabhängig von Sympathie und Antipathie“ erfüllt.

Also: nicht nur Zechlin ist das Neutrum, als das wir ihn bezeichnet haben, sondern sozialdemokratische Staatsbeamte haben grundsätzlich Neutra zu sein. Daher nennt man auch die Posten, die sie innehaben, „Machtpositionen“.

Bundesgenossen

Nazis schließen sich Reichswehr an

Vor dem Potsdamer Landgerichtsgebäude schloß sich vor einigen Tagen ein aus etwa 60 Nationalsozialisten bestehender Zug einer Reichswehrkompanie an, die nach der Kaserne marschierte.

In der Nähe der Kaserne trennten sich die Nationalsozialisten von der Kompanie und marschierten nach ihrem Parteilokal. Das Ueberfallkommando nahm 32 Nationalsozialisten wegen Veranstaltung eines verbotenen Umzuges fest. (Aber, wenn wir die Meldung richtig verstehen, erst nach der Trennung von der Reichswehr. Ist das ganze nicht ein bemerkenswertes Symptom? Die Red.)

Dumme Diktatoren

† Berlin, 18. Januar.

Es ist immer von neuem überraschend, wie revolutionsfreudig unsere Reaktionsäre werden, wenn sie ihren Blick nach einem anderen Land lenken, dem sie innere Schwierigkeiten wünschen, um dann von außen „nachstoßen“ zu können. Ein Musterbeispiel liefert die dem Reichswehrministerium untertane „Berliner Börsenzeitung“ vom 16. Januar. In einem „Streiflicht“ ulkt sie — mit einigen Witz sogar — die „Eiserne Front“ an, nicht ohne diese gewiß nicht umstürzlerische Gemeinschaft der heimlichen Verbindung mit dem Sowjetstaat zu zeihen und den „bolschewistischen“ Umsturz an die Wand zu malen. Wie Demonstrationen gemacht werden, weiß dies Blatt genau, und „wenn die Zeit erfüllt“ ist, wird auch die republiksschützende „Eiserne Front“ den Weg jeder nicht hundertprozentig faschistischen Organisation gehen. Soviel Prophetengabe darf man sich schon zutrauen. Gegen Soldaten hilft kein „Wohlverhalten“. Da bedarf es anderer Mittel.

So verächtlich aber die „Berliner Börsenzeitung“ von der „Eisernen“ spricht, so hochachtungsvoll salutierte sie mit dem Federhalter vor der... polnischen Opposition.

„Bei dem brutalen Terror, dem alle anderen Denkenden von seitens der Sanacja ausgesetzt sind, stellt sich im Gegenteil die spontane Begrüßung der Opfer des Warschauer Schreckensurteils zugleich als einen Akt großen persönlichen Mutes dar, der den daran Beteiligten hohe Ehre macht. Das gilt auch von dem Mißtrauensantrag, den die Oppositionsparteien zu Beginn der Sitzung einbrachten, obwohl es praktisch keinerlei Wert besitzt.“

Der Schreiber reißt sich schmunzelnd die Hände über die offensichtliche „Verschärfung der Gegensätze“, er rechnet damit, „daß der „Fall Brest“ zum Angelpunkt für die künftige innerpolitische Entwicklung Polens wird“ und deshalb sei dem Mißtrauensantrag „eine gewisse realpolitische Bedeutung nicht abzuspüren“.

Wir sagten schon, von wannen diese Sympathie für die Opposition gegen die Diktatur kommt, für die die „Geehrten“ sich verachtungsvoll bedanken werden. Die Herrschaften, die nur auf den Tag lauern, wo sie mit dem „brutalen Terror“ die deutsche Arbeiterschaft unterdrücken können, sind aber doch — man verzeihe das harte Wort — saudumm.

Wären sie nicht so verblendet, so sture Böcke, die nicht über die Nasenspitze herausgucken, so müßten sie sich sagen, daß in Deutschland mit seiner starken klassenbewußten, politisch erfahrenen Arbeiterschaft eine Diktatur noch viel weniger Aussicht auf Dauer hat als in Polen mit einer politisch-wirtschaftlich rückständigen Bevölkerung. Daß in Deutschland die Verschärfung der Gegensätze ein ganz anderes Ausmaß und ein ganz anderes Tempo annehmen muß als in Polen. Daß sie — saudumm, wie sie sind — schließlich und endlich nur ihren eigenen Untergang vorbereiten, während sie im Macht- und Blut- rauch von der Knechtung der anderen träumen. Auch die Ablenkung nach außen wird ihnen nicht helfen, nur eins wird ihnen gelingen: ihr angeblich so heiß geliebtes „Vaterland“ in ein fürchterliches Chaos zu stürzen. Nun, der Proletarier hat dies Vaterland nicht zu verlieren!

So mögen die Terrortrunkenen nur weiter arbeiten an ihrem eigenen Untergang! Das Proletariat wird ihnen dabei schon zu helfen wissen. Die Anfangschancen mögen stehen, wie sie wollen, die Endchance ist uns sicher. Zu dem Tanz wird den reisigen

Herrn schon so aufgespielt werden, daß ihnen Hören und Sehen vergeht! Auch wir warten „auf den Tag“!

Mißtrauen gegen Pilsudski-Regierung

Demonstrations-Antrag der polnischen Opposition

Warschau, 16. Januar

In der Sejm-Sitzung am Freitag wurden die im Brester Prozeß verurteilten Abgeordneten bei ihrem Erscheinen von der Opposition stürmisch begrüßt. Am Schluß der Sitzung brachten die polnischen Oppositionsparteien im Zusammenhang mit dem Brester Urteil einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein, in dem auf die Mißhandlungen und auf die durch die Prozeßverhandlung erwiesene Spitzelarbeit der Polizei hingewiesen wird. Dadurch sei das Ansehen Polens im Ausland schwer geschädigt worden. Durch die Untergrabung des Vertrauens im eigenen Lande werde lediglich die ungeheure Wirtschaftskrise vertieft. Da die Regierung für alle diese Erscheinungen verantwortlich sei, müsse sie zurücktreten. Nach Lage der Dinge besitzt der Antrag ausschließlich demonstrativen Wert.

Der Mörder wird ausgewiesen

Stockholm, 18. Januar.

Ein Gesuch des Kapitäns a. D. Pflugk-Hartung um Aufhebung des Ausweisungs-befehls wurde von der norwegischen Regierung heute abgelehnt. Die Regierung hat beschlossen, Pflugk-Hartung nach dem Lande abzuschicken, das er selbst wählt, andernfalls wird er nach Deutschland ausgewiesen.

„Notstandszolltarif“ in England

London, 18. Januar.

„Daily Herald“ erfährt, daß der allgemeine Notstandszolltarif, der noch vor der Einbringung des Haushalts vom englischen Parlament angenommen werden soll, einen Zoll in Höhe von 15 Prozent vorsieht, der mit der Notwendigkeit einer Erhöhung der Staatseinnahmen begründet werden soll. Gewisse Warengattungen, wie Baumwolle, einige oder alle Klassen von Stahl, Eisen- und landwirtschaftlichen Erzeugnissen würden durch diesen Notstandszolltarif, der der Vorgänger eines zukünftigen, im einzelnen noch „auf wissenschaftlicher Basis ausgearbeiteten Zolltarifs“ sein soll, erfaßt. Sir John Simon setze sich sehr für diesen Plan ein.

MacDonald und Snowden bleiben ausgeschlossen

TU. London, 17. Januar

Auf einer Versammlung der Arbeiterpartei in Birkenhead erklärte der frühere Gesundheitsminister in Beantwortung einer diesbezüglichen Frage,

daß MacDonald und Snowden die Partei im Stiche gelassen hätten und daher für allemal aus ihr ausgeschlossen bleiben würden.

Der frühere Lordsiegelbewahrer, Johnston, drückte sich in einer Parteiversammlung in Newcastle etwas vorsichtiger aus und sagte, daß die Satzungen der Arbeiterpartei die Wiederaufnahme einer Person verbieten, die an einer im Gegensatz zur Partei stehenden Organisation beteiligt gewesen sei.

Ausnahmerecht gegen SAP?

Anfrage an die Preußenregierung

Am 11. Dezember hat, wie erinnerlich, der Berliner Polizeipräsident eine Mitgliederversammlung der SAP verboten. In dieser Angelegenheit hat die Genossin Frankenthal jetzt im Landtag folgende kleine Anfrage gerichtet:

„Der Herr Polizeipräsident von Berlin hat am 11. Dezember 1931 die für den Abend dieses Tages angekündigte Mitglieder-Versammlung der Berliner Ortsgruppe der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und des sozialistischen Jugendverbandes Deutschlands verboten. Als Begründung wird angegeben, daß die Mitgliederversammlung von zwei Organisationen nicht als geschlossene Versammlung angesehen werden kann.“

Dieses Verbot und seine Begründung stehen in schroffem Widerspruch zu der Notverordnung vom 8. Dezember 1931, auf die das Versammlungsverbot gestützt wird. Der § 1 des Kapitels IV dieser Notverordnung verbietet nur öffentliche politische Versammlungen, woraus hervorgeht, daß Mitgliederversammlungen diesem Verbot nicht unterliegen. Wenn aber Mitgliederversammlungen einer Organisation gestattet sind, ist nicht einzusehen, weshalb nicht auch die gemeinsame Mitgliederversammlung von zwei eng zusammengehörigen Organisationen zulässig sein soll.

Ich frage das Staatsministerium:

Wird das Verbot gebilligt?

Gedenkt das Staatsministerium, in Zukunft die Versammlungsfreiheit auch für die Sozialistische Arbeiterpartei und den sozialistischen Jugendverband Deutschlands zu gewährleisten?

Wir sehen der Antwort mit Spannung entgegen.

Hardens Witwe gestorben

Am Montag morgen gegen 5 Uhr verstarb die Witwe Maximilian Hardens, Frau Selma Hardens, im West-Sanatorium, wo sie am Sonntag abend in schwerkrankerem Zustande aufgenommen worden war. Man hatte sie in ihrer Wohnung in der Schlüterstraße bewußtlos aufgefunden.

Frau Selma Hardens war ihrem Manne in einer beispiellosen Selbstaufopferung ergeben. Sie hat die Arbeit des großen Schriftstellers, dem sie jede Störung fernzuhalten wußte, mit ihrer mütterlichen Sorgsamkeit so sehr gefördert, daß an ihrer Bahre davon ausgesagt werden muß. Ihr Leben war ein Teil von Hardens Leben und von seiner Lebensleistung.

Kerschensteiner gestorben

München, 16. Januar.

Der bekannte Pädagoge Geheimrat Prof. Dr. Georg Kerschensteiner ist gestern im 78. Lebensjahre verstorben.

In Furcht vor Trotzki?

Ausweisungsrat verlängert — Hochverratsprozeß?

TU. Kowno, 17. Januar

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das politische Büro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei beschlossen, die Ausweisung Trotzki's aus der Sowjetunion um zwei Jahre zu verlängern. Im Politbüro wird die Meinung vertreten, daß ein Verfahren wegen Hochverrats (!) gegen Trotzki eingeleitet werden müsse, da er eine Bündnispolitik mit der Sozialdemokratie betrieben habe und dadurch Verrat an den Interessen der Weltrevolution übe. Bisher war Stalin gegen ein solches Verfahren.

Maria Leitner



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

24. Fortsetzung.

„Laß deinen Korb noch stehen, Kleine, wenn der Spiegelmannsch unsichtbar wird, tue ich etwas Backwerk hinein, vielleicht machst du doch nicht so schnell dein Glück, wie du meinst. Dann hast du wenigstens etwas zum Trost und zum Knabbern.“

„Als ob ich deinen Trost brauchte.“

„Komm, sieh dir mal an, was für schöne Hochzeitkuchen wir machen. Für so eine feine Braut müssen wir uns gehörig den Kopf zerbrechen. Für die ist nichts groß und teuer genug. Das hier ist eine schwere Kunst, aus Croquenbouche einen Hochzeitsschleier mit Spitzenmustern hinzulegen.“

Er zieht die Zuckersirup zu langen glitzernden Fäden.

Der Oesterreicher ist unzufrieden.

„Viel zu süß das Zeug, das wir hier machen, es ist ja kaum zu genießen. Im Krieg, da war ich Koch im österreichischen Stab. Mein Lieber, da konnte man schön arbeiten. Das höchste Verdienstkreuz haben sie mir für meine Nachspeisen versprochen. Freilich haben sie vergessen, ihr Versprechen einzuhalten. Kinder, ich hatte eine „Einnahme von Przemysl“ gemacht...! So was Großartiges habt ihr noch nicht gesehen. Die Ruinen waren aus Creme und Biskuit, alles mit Rum übergossen, der beim Servieren angezündet wurde. Das war ein großartiger Anblick.“

„Ja, ohne Alkohol kann ein Konditor nicht anständig arbeiten“, seufzt der Italiener.

Shirley muß sich beeilen. Sie sammelt nur noch alle gebrauchten Schürzen.

„Nun, Kleine, wie gefallen dir unsere Hochzeitkuchen?“

„Na, du machst wohl leichter Hochzeit als diese feine Dame, ohne viel Zeremonien, wie?“

Der Oesterreicher tätschelt Shirleys Kinn.

Aber sie wirft den Kopf zurück. Da muß sie ja lachen! Sie weiß besser Bescheid über die Zeremonien der feinen Dame, sie weiß mehr, als diese Köche ahnen, auch über diese großartigen Hochzeitkuchen. Aber wozu reden, es genügt, zu lachen.

Der neue Küchenjunge möchte mit ihr nochmal sprechen.

„Vielleicht sehen wir uns heute mittag, wenn wir essen gehen.“

„Du bist ein richtiges Grünhorn. Glaubst du, wir essen zusammen? Und ich muß dir auch schon sagen, übertrieben neugierig bin ich nicht darauf, was du mir zu sagen hättest.“

Und fort ist sie mit ihrem Wäschekorb.

8.

In einem besonderen Raum harren die Pagen der ihnen zukommenden Befehle. Eine ganze Schar sitzt auf den rings den Wänden entlang laufenden Bänken. Doch dieses Sitzen ist kaum ein Ruhen. Den Oberkörper vorgebeugt, die Rechts auf dem Knie, die Füße

sprungbereit, so warten sie auf den Aufruf ihrer Nummer.

In der Mitte des Raumes, auf erhöhtem Posten, thront der Chef der Pagen, der „headbellboy“, das Haupt der Klingeljongen. Vor ihm steht eine Liste und eine Telefonanlage. Er drückt die Muscheln abwechselnd an seine Ohren, macht Zeichen auf der Liste und ruft Nummern.

„28, Empfang.“

„Jawohl, Herr.“

28 springt.

Er weiß, ein neuer Gast ist angekommen, er wird einen kleinen Koffer tragen, er wird zehn Cents bekommen, vielleicht, wenn er Glück hat, einen Vierteldollar, wenn er Pech hat, nichts. Dann wird er zurückrennen in die Zentrale und wird wieder auf seine Nummer warten. Er wird sich beeilen, denn er weiß, der Bleistift des Chefs berechnet genau die Zeit.

„35, 1228.“

35 springt.

„Jawohl, Herr.“

Die Pagen unterhalten sich auch sehr leise miteinander. Sie haben ihre besondere Technik, fast unhörbar zu sprechen, die Lippen kaum bewegend.

Die „Jungens“ sind nun balleibe nicht alle jung, aber sie sind alle schmal, schlank und behend. Einer fällt auf: mit silberweißen Haaren und unwahrscheinlich blauen Augen. Es ist unmöglich, sein Alter zu erraten. Er sitzt in genau derselben Haltung, sprungbereit wie die anderen, nur flüstert er nicht mit ihnen.

Die Jungens aber erzählen und necken sich unhörbar.

„Gestern ruft mich einer — ich glaube, es war im 15. Stockwerk —, er liegt angeschlossen auf dem Bett, das Gesicht blaurot, blinzelt mich an, fragt, der wievielte ist heute?“ Ich sag's ihm. „Und welcher Tag?“ Dienstag. „Weck' mich am Donnerstag“ — und beginnt

gleich zu schnarchen. Vergißt natürlich mein Trinkgeld.“

„12, Empfang.“

„Jawohl, Herr.“

Ein Hellblonder, mit zarter, mädchenhafter Haut, fast noch ein Kind, flüstert:

„Wenn einer das Trinkgeld vergißt, ist es noch nicht so schlimm, aber jetzt läßt mich immer einer rufen, Nummer 1625, ich hab' Angst vor ihm. Er macht so komische Augen und seine Hand, hu, ganz mit Haaren bewachsen, tastet immer nach mir. Jedesmal gibt er mir einen Dollar.“

„8, 925.“

„Jawohl, Herr.“

Der Hellblonde flüstert weiter.

„Ich bin so müde, ich schlafe zu Hause auf einem Sofa, das zu klein ist; ich kann mich nicht richtig ausstrecken.“

„40, Empfang.“

„Jawohl, Herr.“

„Mich ruft einer, der ist schon ganz blau am Vormittag, fragt mich: Junge, wo kann man hier Frauen bekommen?“ Ein Provinz-onkel.“

„Du hättest ihn fragen sollen: Wo kann man keine bekommen?“

„Ja, wenn du Geld hast. Ohne Pinke lassen sie dich sitzen. Warten nur auf einen, der ihnen mehr bietet.“

Salvatore ist heute in übler Stimmung. Wenn er an Shirley denkt, hat er einen bitteren Geschmack im Mund. Außerdem aber hat er diesen Vormittag schon sochzehn Gänge hinter sich und hat noch keinen Dollar verdient. Was sich die Leute nur denken, die Frauen mit den vielen Täschen, die Männer mit ihren ausgefallenen Besorgungen, daß sie ihn einfach übersehen, wenn es ans Bezahlen geht. Seine Arme schmerzen schon, die „porter“, die das schwere Gepäck tragen, beklagen sich auch, daß man sie vergißt. Sein Kopf ist schwer, er mag nicht an Shirley denken, er könnte ja alles stehen lassen hier, aber —

„16, 825.“

(Fortsetzung folgt)

Betriebsräte stoßen vor

Eine vorbildliche Aktion in Breslau

Breslau, 17. Januar

Nachdem nun am 13. Januar die Breslauer Betriebsräte aller politischen Richtungen der klassenbewußten Arbeiterschaft in einer Vorbesprechung einmütig zur Erkenntnis gekommen waren, daß die Steigerung der Aktivität der Arbeiterklasse angesichts der katastrophalen Lage ein dringendes Gebot geworden ist, hat ein gebildeter überparteilicher Ausschuß für den heutigen Tag zu einer Betriebsräteversammlung von ganz Breslau einberufen.

Dem Rufe wurde von den Betriebsräten von 70 großen Betrieben und den Vertretern von über 40 Dienststellen des Breslauer Magistrats Folge geleistet. Diese starke Beteiligung ist um so höher zu bewerten, als verschiedene Gewerkschaftsinstanzen die Betriebsräte abzuhalten versuchten. Das einleitende Referat hielt

Kollege Fritz Sternberg

Sternberg wies darauf hin, daß die bisherige Taktik der Gewerkschaften in der heutigen Krise der Taktik entsprach, die man in den Krisen des aufsteigenden Kapitalismus angewandt hatte. Die heutige Krise sei aber so schwer und so tief, daß sie bereits an die Wurzeln des Systems rührt. Wenn man in dieser Krise durch Tolerierung des Notverordnungs-systems, des Lohnraubs, die Passivität der Arbeiterklasse zum Programm erhebe, dann höhle man die eigenen Organisationen aus und verstärke die Kräfte der Konterrevolution, des Faschismus. Bisher gehe die Sammlung der konterrevolutionären Kräfte weit schneller vor sich, als die Sammlung der proletarischen Einheitsfront. Wenn nicht im letzten Augenblick eine Organisation der Mehrheit der Arbeiterschaft im Kampf gegen den Faschismus gelingt, so droht uns der Zustand der Barbarei. Da die Gewerkschaften, Gefangene ihrer Tolerierungspolitik, bisher nicht den entscheidenden Anstoß zur Aktivierung ihrer Mitglieder gegeben haben,

so muß von den Betrieben aus, von den freigewerkschaftlich organisierten ein entscheidender Druck auf die Gewerkschaften ausgeübt werden.

Nur wenn auf Grund der Forderungen, die in der nachfolgenden Resolution genau präzisiert sind, die Aktivierung der deutschen Arbeiterklasse gelingt und auf diese Weise der immer konzentrierteren Front des Monopolkapitals und des Faschismus eine geschlossene Front der Arbeiterschaft gegenübergestellt wird, wird die deutsche Arbeiterklasse siegreich sein.

Die Diskussion stand absolut auf der Basis des Referats und brachte lediglich Ergänzungen. Der Kollege Feige vom städtischen Hafen unterstrich noch besonders, wie tief der Verelendungsprozeß bereits auch in den noch in Arbeit stehenden fortgeschritten ist. Er brachte auf der anderen Seite zum Ausdruck, daß die Kluft innerhalb der Gewerkschaften zwischen der Masse der Mitgliedschaft und dem Apparat der Führung immer größer würde. Kollege Gläser von der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes wies noch darauf hin, daß die Spitzenführung der freien Gewerkschaft bereits sehr bedenkliche nationalistische Töne erklingen lasse und unterstrich noch einmal den Satz der vorgelegten Resolution, daß die Aktionskraft der deutschen Arbeiterklasse nur durch die Stärkung der oppositionellen Kräfte innerhalb der Gewerkschaften erreicht werden kann. Ein Teil anderer Diskussionsredner brachte noch Anregungen für die Resolution.

Kollege Sternberg stellte in seinem Schlußwort mit Recht fest, daß eine völlige Einmütigkeit der hier versammelten Betriebsräte nicht nur im Grundsätzlichen bestand, sondern auch in der Erkenntnis, daß die Zeit des Redens vorbei sei, und man zu konkreten Aktionen kommen müsse. Gegenüber der ultralinken Taktik der Kommunisten, die wie jetzt zuletzt im Ruhrrevier Streiks entfesselt haben ohne die Gewerkschaften, aber gleichzeitig auch ohne einen beträchtlichen Anhang in den Betrieben, galte es

die Arbeiterschaft dafür zu gewinnen an Zentralstellen, wo der wirtschaftliche Streik am stärksten in den politischen umgestaltet werden kann, vorzustoßen.

Der Generalstreik fällt nicht vom Himmel, er muß durch Massenaktionen vorbereitet werden.

Wir haben augenblicklich festzustellen, daß sich nicht nur in Deutschland die ökonomische und politische Situation zuspitzt, sondern daß mit der Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise auch die imperialistischen Gegensätze wachsen. Der japanische imperialistische Raubzug in die Mandchurei ist nur ein Symptom. Aufgabe der Arbeiterklasse in diesem Augenblick ist, gegen die nationalistische Seuche, die die Begleiterseinerung der imperialistischen Gegensätze ist, schärfste Front zu machen. Demgegenüber muß man leider feststellen, daß bei der Spitzenführung der freien Gewerkschaften, wie z. B. bei einem Artikel von Leipart im „Vorwärts“ in

direkter Anlehnung an die Kriegspolitik der Sozialdemokratie nationalistische Gedankenstränge propagiert werden. Nicht früh genug und nicht scharf genug kann dagegen Stellung genommen werden. Für die deutsche Arbeiterklasse gilt das Wort von Liebknecht, daß der Feind im eigenen Lande steht.

Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig, ohne Stimmenthaltung, also auch mit der Zustimmung der sozialdemokrat

kratischen und KPD-Betriebsräte, angenommen.

Der Vorstoß der Breslauer Betriebsräte ist ein gewaltiger Schritt vorwärts. Hier ist zum erstenmal in Deutschland gegen den Willen gewisser Gewerkschaftsinstanzen eine einheitliche Kundgebung der Betriebsräte der großen Massenbetriebe möglich gewesen. Es gilt jetzt, die Bewegung weiter aufzubauen und nicht nur in Breslau. In sämtlichen Betrieben in Deutschland muß das Breslauer

Beispiel befolgt werden. Wenn die oberen Instanzen versagen, so gilt es, von unten aufzubauen. In sämtlichen Betrieben muß die Arbeiterschaft die Betriebsräte zwingen, in ähnlichem Sinne vorzustoßen. Die Arbeiterschaft kann nicht mehr darauf warten, bis sich die alten großen Parteiapparate geeinigt haben, sondern muß über diese Apparate hinweg im letzten Augenblick vom Betriebe aus die Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse verwirklichen.

Einstimmig angenommene Resolution

„Die Weltwirtschaftskrise treibt die deutschen Kapitalisten zu immer schärferen Maßnahmen, um die Lasten der Krise auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Immer wieder saust die Fuchtel des Lohnabbaues, des Abbaues der Sozialpolitik, des Tarifbruchs und der politischen Knebelung auf den Rücken der Arbeiter. Entsetzlich ist die Lage der Millionen Arbeiter, die bereits aus dem Produktionsprozeß ausgestoßen wurden und im Elend unterzugehen drohen. Hunger und Elend bleibt aber auch das Los derer, die noch in Arbeit stehen.

Seit zwei Jahren schaltet nun die Brüning-Diktatur im Dienste des Monopolkapitals unbeschränkt.

Sie verspricht bei ihrem Antritt die „Rettung“. Die Rettung der Wirtschaft, die Rettung der Staatsfinanzen, die Rettung der Sozialpolitik, die Rettung des Reallohns und des Tarifrechts, die Rettung der parlamentarischen Republik.

Um dieser Versprechen willen tolerierte die Sozialdemokratie gemeinsam mit den Gewerkschaften die Brüning-Diktatur. Das Ergebnis dieser Politik ist katastrophal für die Arbeiter.

Nichts ist von den Versprechungen Brünings in Erfüllung gegangen. Im Gegenteil, die Staatsfinanzen sind zerrüttert denn je, von der Sozialpolitik bestehen nur noch Trümmer, aus der Rettung des Reallohns ist eine unglaubliche Senkung des Reallohns geworden.

Nach der Berechnung des amtlichen Instituts für Konjunkturforschung sind bereits vor der letzten Notverordnung die gesamten Lohnsummen der deutschen Arbeiterschaft um 40 Prozent zurückgegangen. Der Vorsitzende des Afabundes Aufhäuser schrieb bereits, daß durch die neue Notverordnung der Kollektivvertrag zerschlagen ist.

Das Tarifrecht ist gebrochen. Die demokratischen Rechte der Arbeiter sind aufgehoben. Von der bürgerlichen Republik ist nur noch der Artikel 48 geblieben.

Die prophetische Voraussage Rosa Luxemburgs, daß die Arbeiterklasse in der Barbarei untergehen muß, wenn sie nicht ihre historische Mission erfüllt, den Kapitalismus zerschlägt und den Sozialismus aufbaut, droht sich zu verwirklichen.

In diesen ersten und gefährlichen Stunden ist es Pflicht der Arbeiter aller Parteirichtungen, daß sie ihre Kräfte zusammenreißen und sich in einer mächtigen Front den Gefahren entgegenstemmen.

Die Gefahren abzuwenden, müßte um so leichter sein, da die deutsche Arbeiterklasse über mächtige Organisationen verfügt, die in einem jahrzehntelangen Kampfe unter großen Opfern geschaffen wurden. Die berufensten Organisationen zur Führung des Kampfes, die freien Gewerkschaften, sind leider durch die reformistische Führung in eine katastrophale Lage gedrängt und hemmen eher den Kampf, als daß sie ihn fördern.

Die Tolerierungspolitik muß für die Gewerkschaften zu einer Katastrophe werden.

Im Zentralorgan des ZdA, im „Freien Angestellten“, wurde mit Recht in einem Artikel über die Notverordnung gesagt: „Die Wirtschaftspolitik dieses Unternehmerprogramms tolerieren, hieße einen neuen Schritt zum Faschismus tun.“

Die Rettung und Erhaltung der Gewerkschaften, ihre Stärkung und der Einsatz der gewerkschaftlich organisierten Massen in den wirtschaftlichen und politischen Tageskämpfen ist das Gebot der Stunde. Keine Gewerkschaftsversammlung darf deshalb mehr vorübergehen, ohne daß die Kollegen die Mobilisierung der Gewerkschaften gegen Kapitalsdiktatur und Faschismus verlangen.

Die freigewerkschaftlichen Organisationen sind zwar durch die Tolerierungspolitik und die Krise geschwächt, sie sind aber noch intakt und beim Einsatz ihrer Kräfte imstande, die Angriffe auf die Existenz der Arbeiter abzuwehren. Dieses Ziel muß mit Energie und leidenschaftlicher Hingabe aller Kollegen im gemeinsamen Ringen erreicht werden. Um in kürzester Frist auf diesem Wege Erfolge zu erreichen, macht sich die Zusammenfassung aller opferbereiten Arbeiter — gleich welcher Parteirichtung — innerhalb der Gewerkschaften zu einem festen Block notwendig. Notwendig ist aber die Zusammenfassung aller Arbeiter zur Revolutionierung und Aktivierung innerhalb der freien Gewerkschaften, nicht die Gründung eigener roter Läden, die die Arbeiterschaft spalten und schwächen, und nicht fähig sind, die Aktionskraft der Arbeiterschaft zu stärken.

Die Mobilisierung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist nicht möglich ohne die tatkräftige Mithilfe der Betriebsräte. Gerade in den Betrieben muß die Schaffung der so bitter notwendigen Einheitsfront der Arbeiter durch die Betriebsräte auf das Stärkste gefördert werden. Die regelmäßige zentrale Zusammenfassung aller Breslauer Betriebsräte ist Aufgabe des ADGB. Die besondere Zusammenfassung der Betriebsräte war notwendig, weil der ADGB-Ortsausschuß es bisher unterließ, gemeinsam mit den Betriebsräten, Abwehrmaßnahmen gegen die Notverordnung und den Faschismus zu organisieren.

Die Schaffung einer einheitlichen Betriebsrätebewegung wird die Kampfkraft der Arbeiter erhöhen und die Voraussetzung zur Durchführung einheitlicher Aktionen herbeiführen.

Die versammelten Betriebsräte geloben, sich mit aller Kraft für die Mobilisierung ihrer Belegschaften, für die Abhaltung von Belegschaftsversammlungen auf der Grundlage folgenden Programms einzusetzen.

Die zentrale Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse ist, die Machtergreifung des Faschismus zu verhindern. Die Regierung Brüning ist Wegbereiterin des Faschismus durch Ausschaltung des Reichstages, Beseitigung der letzten Reste der politischen Demokratie durch Lohnraub, Bruch des Tarifrechts. Man kann nicht den Lohnraub tolerieren, um gleichzeitig erfolgreich gegen den Faschismus zu kämpfen. Der Kampf gegen den Lohnraub ist daher der entscheidende Punkt des Kampfes gegen den Faschismus. Daher fordern die Betriebsräte:

I. Allgemeines

1. Klare, zielbewußte Gewerkschaftspolitik auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes.
2. Kampf für die Erhaltung der demokratischen Rechte der Mitglieder in den Gewerkschaften. Herabsetzung der Gehälter der Verbandsgestellten auf eine Höchst-

grenze, die im angemessenen Verhältnis zu den Löhnen der Betriebsarbeiter steht. Abschaffung der Bezahlung von Ehrenämtern bei bezahlten Funktionären.

3. Schärfster Kampf gegen die Arbeitsgemeinschafts-, Koalitions- und Tolerierungspolitik gegenüber den Klassengegnern, gegen die Politik der Wirtschaftsdemokratie und die Kapitulation vor dem Schlichtungswesen.

4. Zur Erhaltung und Stärkung der Gewerkschaften, die Durchführung einer breiten Werbekampagne, die die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften im Sinne ihrer Forderungen stärkt.

II. Zur Sicherung der Existenz der Arbeiter:

1. Gegen jeden Pfennig Lohnabbau und gegen den Abbau der Sozialpolitik.
2. Für die Herabsetzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich bis zu der Grenze, wo die Liquidierung der Arbeitslosigkeit mit Erfolg eingeleitet werden kann.
3. Für die Wiederherstellung der Arbeitslosenversicherung in der Höhe, wie sie zu ihrer Begründung bestand.
4. Gegen den Preiswucher der Monopole und Trusts. Für Preiskontrollkommissionen der Arbeiter, Kleinhändler, Gewerbetreibenden und Kleinbauern. Beseitigung der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte.
5. Gegen die politische Entrechtung und Knebelung der Arbeiterklasse, für den Schutz der Koalitionsfreiheit.
6. Gegen Brüning-Kurs und drohenden Faschismus, für die Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen und die Bildung überparteilicher antifaschistischer Aktionsausschüsse, Kartelle und Wehrorganisationen.
7. Steigerung der Gewerkschaftskämpfe bis zu ihrer Ueberleitung zu politischen Kämpfen, zu Massenstreiks und zum Generalstreik.

Die proletarische Einheitsfront ist die Voraussetzung, daß nach der Besiegung des Faschismus der Diktatur des Monopolkapitals die Diktatur des Proletariats gegenübergestellt wird.

*

Anschließend kamen beide folgende Forderungen zur Abstimmung, die beide einstimmig angenommen wurden:

An den ADGB

„Die Betriebsräte-Versammlung vom 17. Januar 1932 fordert den ADGB, Ortsausschuß Breslau, auf, in kürzester Frist eine Betriebsrätevollversammlung von ganz Breslau einzu-berufen, in der zur gegenwärtigen Lage der deutschen Arbeiterklasse Stellung genommen wird und die notwendigen Kampfmaßnahmen gegen Lohnabbau, Tarifbruch und Faschismus besprochen werden.“

An die SPD, KPD, SAP, KPO, den ADGB und Afabund

„Die Betriebsräte-Versammlung vom 17. Januar 1932 lenkt die Aufmerksamkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen auf die der Arbeiterklasse drohenden Gefahren. In dieser Situation ist es notwendig, daß die Kräfte aller proletarischen Organisationen zusammengefaßt werden, um die schweren Gefahren von der Arbeiterschaft abzuwenden. Die Betriebsräte-Versammlung fordert daher, daß schleunigst gemeinsame Verhandlungen stattfinden, die die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse zum Ziele haben. Die Zeit drängt! Handelt schnell!“

„Arbeiterpolitik“ fischt im Trüben

Berlin, 18. Januar.

Seit der Gründung der SAP verfolgt die KPO konsequent die Politik der Zerschlagung unserer Partei. In diesem Zusammenhang ist auch der Bericht zu werten, den die „Arbeiterpolitik“ vom Sonntag über eine Berliner Funktionärerversammlung veröffentlicht. Dem Bericht liegt weiter offensichtlich die Tendenz zugrunde, die inzwischen ausgeschlossenen Genossen der Minderheit der KPO, die im ganzen Lande starken Anhang haben, vor der Mitgliedschaft der KPO zu desavouieren und das diktatorische Vorgehen der Brandlerleute zu rechtfertigen.

Die Angaben des Berichtes in dieser Hinsicht werden sorgfältig geprüft und das Ergebnis unserer Feststellungen wird unseren Mitgliedern mitgeteilt werden.

Nazi-Volksbegehren erfolgreich

Oldenburg, 17. Januar

Die Listen für das nationalsozialistische Volksbegehren auf Auflösung des Landtages sind am Freitag geschlossen worden. Inzwischen sind die Listen aus den verschiedenen Gebieten soweit in Oldenburg eingetroffen, daß 206 000 Wahlberechtigte von insgesamt rund 350 000 Wahlberechtigten erfaßt sind. Für diese Bezirke liegen 51 600 Einzeichnungen vor. Die für den Erfolg des Volksbegehrens erforderliche Zahl beträgt 20 000. Der Landtag wird nunmehr in seiner Februarsitzung zu entscheiden haben, ob er sich selbst auflösen will. Nach der augenblicklichen politischen Lage ist dies nicht sehr wahrscheinlich.

Selbstmordversuch eines Verhafteten

Hagen, 18. Januar

Die im Zusammenhang mit Sprengstoff- und Waffenfunden verhafteten vier Personen wurden am heutigen Montag dem zuständigen

Richter zwecks Erlasses eines Haftbefehles vorgeführt werden. Einer der Verhafteten hat einen Selbstmordversuch unternommen. Ein anderer hat bereits ein Geständnis abgelegt. Der gleichzeitig verhaftete über 60 Jahre alte Schreinermeister dürfte mit der ganzen Angelegenheit kaum etwas zu tun haben, so daß zu erwarten ist, daß er heute wieder aus der Haft entlassen wird.

Ein drittes Todesopfer des Granatzünder-Unglücks

Blankenburg (Saale), 18. Januar

Die schwere Granatzünder-Explosion, die sich hier am Sonnabend ereignete, hat ein drittes Todesopfer gefordert. Die fünfjährige Tochter des Arbeiters Fischer, die 18 Splitter im Körper hatte, von denen einer die Schlagader im Oberschenkel durchschlug, ist noch am Abend des Unglückstages im Krankenhaus zu Ebersdorf verstorben. Das vierte verletzte Kind, der sechs-jährige Sommermann, ringt ebenfalls mit dem Tode; er wurde von zwölf Splittern getroffen.